

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk.  
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne  
 Nummern 10 Pf. Postzusatz: Romantisch  
 1.50 Mk. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.— Mk. für das übrige Ausland  
 4.50 Mk. monatlich. Versand ins Feld  
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 Mk.  
 Postbestellungen nehmen an: Schen-  
 markt, Holland, Belgien, Schweden  
 und die Schweiz, Eingänge in die  
 Post-Verwaltungs-Bereiche.  
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Abgabe der ersten Zeile kostet  
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das  
 ist jeder Satz 20 Pf. (einmalig)  
 2. Satz 10 Pf. (zweimalig)  
 3. Satz 10 Pf. (dreimalig)  
 4. Satz 10 Pf. (vierteljährlich)  
 5. Satz 10 Pf. (halbjährlich)  
 6. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 7. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 8. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 9. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 10. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 11. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 12. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 13. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 14. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 15. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 16. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 17. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 18. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 19. Satz 10 Pf. (jährlich)  
 20. Satz 10 Pf. (jährlich)

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 23. Februar 1918.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Vor den rumänischen Verhandlungen

## Der Vormarsch in Ostland und Südland — Rjezyna und Minsk besetzt — Die Hilfskolonnen für die Ukraine.

Amlich. Großes Hauptquartier, 22. Februar 1918. (B. L. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenwerferfertigkeit. Kleinere Erkundungsgefechte. An der Saja Derna — Roulers wurde eine englische Feldwache überrollt und gefangen.

In den letzten 3 Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Eichhorn.

In Ostland wurde Gapsel genommen. Das 1. Ostenregiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

In Südland riefen unsere Kolonnen über Rowno, Wolmar und Spandau hinaus vor.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Rjezyna eingerückt. Von dort riefen sie bis Ljuzyn vor. Minsk wurde besetzt.

#### Heeresgruppe Sinzingen.

Bei Unterdrückung der Ukraine in ihrem Befreiungskampfe wurden Fortschritte erzielt. In Nowograd-Wolynsk haben wir die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen.

Anderere Kolonnen marschieren auf Duna. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

### Abendbericht.

Berlin, amlich. 22. Februar 1918, abends. Im Osten nehmen die Operationen ihren Fortgang. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Verhandlungen mit Rumänien.

Budapest, 21. Februar. Abgeordnetenhause. Auf eine Anfrage über die Friedensverhandlungen mit Rumänien sagte Ministerpräsident Dr. Bekerle:

Mit Rumänien werden Verhandlungen geführt, bezüglich deren ich die Aufklärung erteilen kann, daß sie nur der Heberbrückung und Ergänzung des mit Rumänien bestehenden Waffenstillstandes gelten, die aber, wie ich hoffe, sicherlich demnächst zu Friedensverhandlungen führen werden. Unser Standpunkt ist der, unser Verhältnis zu Rumänien wenn möglich auf gütlichem Wege, andernfalls durch Operationen mit den Waffen

zu klären. Wir werden es selbstverständlich als Pflicht erachten, im Laufe der Verhandlungen unsere staatlichen Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren.

Die Bedingungen für die Friedensverhandlungen sind wohl noch nicht festgestellt, ja, ich kann auf einzelne territoriale Fragen, die in der Presse besprochen wurden, nicht eingehen, denn diese hängen von internationalen Vereinbarungen ab. Dennoch aber erlaube ich mir, zu bemerken, daß wir unsere Rechte wahren wollen

1. vom Gesichtspunkte der Verteidigung,
2. vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte,
3. vom Gesichtspunkte des Verkehrs zu Wasser und zu Lande und
4. auch in der Richtung, daß jede Einmischung Rumaniens in unsere inneren Angelegenheiten unmöglich werde.

Ja, wir legen auch auf einen Umstand, den der Interpellant nicht erwähnt, der uns aber nicht gleichgültig sein kann, Gewicht, darauf nämlich, daß die Lage unserer in Rumänien wohnenden Brüder in jeder Hinsicht gesichert werde.

Was die zweite Frage betrifft, daß die Siebenbürger an den Friedensverhandlungen teilnehmen, so will ich erklären, daß es sich hier nicht um eine siebenbürgische Frage, sondern um eine Frage ganz Ungarns handelt, um die Frage, die wir alle nicht nur verstehen und kennen, sondern von der wir auch durchdrungen sein müssen.

### Auch Czernin geht nach Bukarest.

Wien, 22. Februar. (Redung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureau.) Den Mätern zufolge begibt sich der Minister des Äußeren Graf Czernin nach Bukarest. Sollten zu gleicher Zeit die neuen Verhandlungen mit Russland beginnen, so würde zu diesem Zwecke eine Spezial-Delegation nach Warschau-Litowit! entsendet werden.

## Das Schicksal der russischen Revolution.

Agelrod an die Internationale.

Die „Humanität“ vom 17. Februar veröffentlicht folgenden Schreiben Agelrods an Dussmans:

„In dieser schrecklichen und gefährlichen Stunde wenden wir uns an die Sektionen der Internationale. Wie in den schlimmsten Zeiten des Jarrismus sind wir der Möglichkeit beraubt, mit den sozialistischen Parteien Westeuropas in Verbindung zu treten. Die Grenze ist geschlossen. Die Arbeiter aller Länder sind über die Vorgänge in Russland entweder gar nicht oder nur auf tendenziöse und falsche Weise informiert. Im Interesse der russischen und internationalen Arbeiterbewegung ist es nötig, in die Mauer des Schweigens, die durch die Bolschewiki aufgerichtet wurde, Bresche zu legen. Es muß Licht verbreitet werden über den unerhörten Terror, der in Russland im Namen des Sozialismus wütet und dessen reine Fahne beflutet.“

Ohne Wissen der übrigen sozialistischen Parteien und demokratischen Organisationen hat sich eine militärische Verschwörung am 26. Oktober (7. November) der Staatsgewalt bemächtigt. Die Arbeitermassen haben keinen direkten Anteil an der Revolte genommen, aber sie sympathisieren mit ihr in passender Weise, weil sie den demagogischen Versprechungen über Frieden und die soziale Revolution glauben schenken. Der provisorische Rat der Republik, der zu drei Vierteln aus Sozialisten und Demokraten bestand, wurde mit Hilfe von Dajonnetten verjagt. Die provisorische Regierung, die zur Hälfte aus Sozialisten bestand, wurde in die Peter-Pauls-Festung geworfen. Der Winterpalast, der Sitz der Regierung, wurde der Plünderung preisgegeben, und mehrere seiner Verteidiger wurden getötet. Die gewaltsame Machtergreifung der Bolschewiki fand statt am Vorabend der Eröffnung des zweiten Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte. Sämtliche sozialistischen Fraktionen haben eine nach der anderen gegen die Verschwörung Einspruch erhoben und haben dann den Kongress verlassen. Der Versuch Kerenskis, militärischen Widerstand zu organisieren, schlug fehl. In Moskau verloren 700 Personen ihr Leben in diesen Kämpfen. Der Kreml wurde von der Artillerie bombardiert.

Die Bolschewiki, die drei Wochen vor den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich der Staatsgewalt bemächtigten, schufen einen Rat der Beauftragten des Volkes. Diese sind formal verantwortlich vor einem ausführenden Zentralkomitee, der durch den zweiten Kongress der Sowjets gewählt wurde, nachdem die übrigen Parteien auseinander gegangen waren. In Wirklichkeit ist der Rat der Volksbeauftragten nichts anderes als eine Deckung, hinter der die Diktatur Lenins trocklich versteckt, und die sich auf die Dajonette der Soldaten stützt und von zweifelhaften Gestalten, Abenteurern oder gar Verbrechern umgeben ist.

Diese Diktatur läßt sich nur durch rücksichtslosen Terror. Der Rat der Volksbeauftragten war nach nicht imstande, die Reichsverwaltung seinem Willen zu unterwerfen. Die Beamten und die Angestellten des Staates lehnen es ab, unter Leitung von Ufurpatoren zu arbeiten. Ganze Distrikte lehnen es ab, die neue Macht anzuerkennen und sie versuchen, Bezirksverwaltungen zu organisieren. Die demokratischen Organe der Städte und der Semstwo, die durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime und proportionale Wahlrecht gewählt wurden, wollen die neue Regierung nicht anerkennen und wollen mit ihr nichts zu tun haben. Von allen sozialistischen Parteien ist es nur die aus ihrer Partei ausgeschlossene sozialrevolutionäre Linke, die mit den Bolschewiki zusammengeht und sich an der „Regierung“ beteiligt. Alle übrigen demokratischen Organisationen gruppieren sich um den Ausschuss zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution und um die demokratischen Organisationen der Städte und der Semstwo.

Verlassen von der Demokratie, verschärften die Bolschewiki ihr terroristisches System. Sie unterdrücken die bürgerliche Presse und sogar die sozialistische Presse, soweit sie ihnen nicht gehört. Lenin veröffentlicht ein Dekret für die Presse wie es sogar der Jarrismus nie gewagt haben würde. Die Diktatur der Bolschewiki bahnt nur der Gegenrevolution den Weg. Der rote Terror ist nur der Vorläufer des weißen Terrors. Die Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten, auf die politischen Rechte und überhaupt auf das allgemeine Wahlrecht erschauern der Gegenrevolution jede Wahnnahme gegen die Demokratie und geben ihr die Möglichkeit, später auch den Arbeitern und Bauern die politischen Rechte zu nehmen. Die „sozialistischen“ Experimente auf dem Gebiete der Industrie werden zu einem Verbot der Gewerkschaftsbewegung und zur Unterdrückung der Arbeiterkühngsbewegung führen. Schließlich die Abwesenheit einer wirklichen Staatsgewalt führt unentrinnbar zu einem Zerfall des Landes in einzelne und einander feindlich gegenüberstehende Provinzen.

In diesem kritischen Augenblick rechnen wir auf den moralischen Beistand der ganzen Internationale. Das Schicksal der russischen Revolution ist aufs engste mit dem der Internationale verknüpft.“

## Reichstagsrecht und Belagerungszustand.

Der Reichstag hat gestern den Antrag der Unabhängigen, die Entlassung des Abg. Dittmann aus der Festungshaft zu fordern, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen abgelehnt. Zusammenfassend kann man sagen, daß sich die Mehrheit an Buchstaben flammert, während der Geist des Rechts bei der Minderheit gewesen ist.

Der Buchstabe des Gesetzes war bei der Mehrheit, insofern als der Art. 31 der Reichsverfassung nur bestimmt, daß auf Verlangen des Reichstags jedes Strafverfahren gegen einen Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird. Im Falle des Abg. Dittmann aber ist das blikartig vollzogene Strafverfahren bereits abgeschlossen, und es handelt sich um ein rechtskräftiges Urteil und um den Strafvollzug. Daß aber auch der Strafvollzug auf Verlangen des Reichstags zu unterbrechen ist, wird von der Verfassung nicht ausdrücklich bestimmt, und die Juristen sagen, daß der Strafvollzug nicht mehr zum Strafverfahren gehört.

Der Geist des Rechts war aber auf Seiten der Minderheit, weil diese durchzuführen gedachte, was der Artikel 31 seinem Sinne nach will. Die Immunität des Abgeordneten hat nicht den Zweck, ihm den gewöhnlichen Sterblichen gegenüber eine privilegierte Rechtsstellung zu verschaffen, sondern sie hat den Zweck, die Zusammenfassung des Reichstags gegen einseitige Eingriffe der Verwaltungs- und Justizbehörden sicherzustellen. Der Fall Dittmann hat aber gezeigt, daß sich der Reichstag in dieser Beziehung im Zustande der vollkommensten Rechtsunsicherheit befindet.

Im Fall Dittmann ist durch das Eingreifen der Militärbehörde eine Aenderung in der Zusammenfassung des Reichstags erfolgt, ohne daß dieser, nach seiner eigenen Auffassung, eine Sandhabe befände, die Aenderung wieder rückgängig zu machen. An jedem Tag kann es im Reichstag zu einer Abstimmung kommen, deren Entscheidung von einer Stimme, der des Abg. Dittmann, abhängt. Da der Abg. Dittmann von der Militärbehörde festgesetzt ist und der Reichstag keine Möglichkeit hat, ihn freizubekommen, wird dann die Entscheidung anders ausfallen als sie ausgefallen wäre, wenn Dittmann hätte mitstimmen können. In diesem Falle wird dann die Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaft durch die Vorentscheidung der Militärbehörde bestimmt sein!

Man kann sagen, dies sei ein willkürlich konstruierter Fall, und dafür, daß er wirklich eintreten werde, spreche kein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit. Aber die Konsequenzen gehen weiter — wer kann mit Bestimmtheit sagen, daß das, was Dittmann passiert ist, nicht eines Tages drei, zehn, zwanzig, fünfzig Abgeordneten passieren könnte? Die Reichstagsfrage wird durch die Quantitätsfrage nicht berührt.

Der Rechtszustand ist aber der, daß ein kommandierender General nach Verhängung des verschärften Belagerungszustandes alle in seinem Kommandobereich anwesenden Abgeordneten verhaften und kriegsgerichtlich aburteilen lassen kann. Es besteht somit die Möglichkeit, daß der Reichstag, wenn er sich nach einigen bewegten Tagen oder Wochen wieder zusammensindet, eine total andere Zusammenfassung aufweist als zuvor, und dann hat der Reichstag kein Mittel an der Hand, seine frühere, durch das Eingreifen des Militärs veränderte, Zusammenfassung wieder herzustellen.

Das ist eine Rechtslage, von der niemand jagen kann, daß sie der Würde der gesetzgebenden Versammlung und dem Geiste der Verfassung entspricht. Und jetzt, nachdem sie offenbar geworden ist, müßte sich der Reichstag auch wirklich ihrer Un-erträglichkeit bemächtigen.

Es handelt sich dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob wir ein Rechtsstaat oder ein Militärstaat sein sollen. Das preussische Gesetz über den Belagerungszustand, dem wir diese Zustände verdanken, ist bekanntlich nicht nur ein Kriegs-, sondern auch ein Friedensgesetz. Nach § 2 dieses Gesetzes kann bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit der Belagerungszustand sowohl in Kriegs- als in Friedenszeiten verhängt werden. Eine reaktionäre preussische Regierung kann aus verhältnismäßig geringfügigem Anlaß auch im Frieden den Belagerungszustand erklären mit der Wirkung, daß die vollziehende Gewalt an den Militärbefehlshaber übergeht. Für die Handlungen dieses Militärbefehlshabers tragen dann, wie wir das jetzt jeden Tag erleben, die Zivilbehörden gar keine Verantwortung; die hauptsächlichste Garantie des Verfassungsstaats, die Verantwortlichkeit der Regierung für die Maßnahmen der Behörden gegenüber der Volksvertretung ist aufgehoben.

Der Fall Dittmann hat nun gezeigt, daß der Reichstag gegenüber der Militärbehörde nicht nur nicht die Rechte des von ihm vertretenen Volkes, sondern sogar nicht einmal seine eigenen Rechte als Volksvertretung schützen kann. Indem der Militärbefehlshaber die Zusammenfassung des Reichstags ändern kann, trägt er letzten Endes auch noch die Fähigkeit in sich, entscheidender Faktor der Reichsgesetzgebung zu werden. Das sind die Folgen

des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851.

Nachdem diese Folgen im Fall Dittmann so deutlich geworden sind, gibt es für Verheit diesem monströsen Zustand gegenüber gar keine Entschuldigung. Es kommt gar nicht darauf an, ob der Reichstag besondere Lust gehabt hat, für die Vereinerung seines in Haft gesetzten Mitgliedes einzutreten, sondern nur darauf, daß er das, wenn er es gewollt hätte, nach seiner eigenen Auffassung gar nicht getan hätte. Uebrigens hat der Reichstag am selben Tage ein Strafverfahren gegen den Abg. Henke abgelehnt und damit gezeigt, daß ihm über parteipolitischen Gegenständlichkeiten das Verständnis für die Bedeutung der Abgeordneten-Immunität noch nicht verlorengegangen ist.

War es der Reichstag früher dem Volke schuldig, so ist er es jetzt auch selbst schuldig, mit allen Kräften für die Aufhebung eines Zustandes zu wirken, der alle Garantien des Verfassungsstaates an den dünnen Fäden eines veralteten preussischen Gesetzes hängt, der die Verantwortlichkeit der Behörden gegenüber der Volksvertretung, illusorisch und diese selbst gegen Einbrüche in ihre Rechtsphäre wehrlos macht. Fort mit dem Belagerungszustand und fort mit dem Belagerungszustandgesetz!

## Der Streik der englischen Mechaniker.

Vor einigen Tagen schrieb die „Victoire“, man wisse zu wenig in Frankreich, daß einer der schwachen oder doch wenigstens heiklen Punkte Englands seit 1914 die Arbeiterfrage ist. Das Organ Herbes erklärt: „Wir dürfen uns nicht gewisse Dinge verheimlichen, die nicht aufgehört haben, die britische Regierung schwer zu beunruhigen. Die Agitation der Arbeiter ist in den letzten zwei Jahren verschiedenerorts mit wechselnder Heftigkeit herorgetreten, man kann jedoch sagen, daß sie eher zu- als abnimmt. Vor vierzehn Tagen, als man sich gerade mit Besorgen über die deutsche Streikbewegung beschäftigte, bemühte sich das englische Ministerium hier angeht eine Streikbewegung mit einem der mächtigsten Arbeiterverbände zu einer Verständigung zu gelangen. Sie ist heute noch nicht erzielt.“

Es wäre ebenso falsch, die Lage fraglich zu nehmen als die mögliche Gefahr zu unterschätzen: es hat seit drei Jahren eine gewisse Anzahl Streiks in England gegeben und wird deren noch mehrere geben. Die Haltung der Regierung gegenüber den von Seiten der Arbeiterschaft gestellten Ansprüchen war immer dieselbe: abschlägiger Bescheid, Unterhandlungen, Hinhalten, Nachgeben. Wir wollen uns damit keine Kritik erlauben, denn die Mehrheit der Engländer ist überzeugt, daß die Regierung damit am besten fährt. Es ist bedeutsam, daß zwei so verschiedenartige Kabinets wie die der Herren Asquith und Lloyd George in dieser Hinsicht stets zu denselben Auffassungen ihre Zustimmung nehmen und zu den gleichen Konzeptionen gelangen. Ein solches System mag seine Vorteile haben, verlängert aber die Streikbewegung, statt ihr einen Damm zu setzen.

Die Gehälter steigen. Die Belegungen verdienen mehr als noch ein paar Monate vor dem die eingearbeiteten Arbeiter. Aber auch die Lebensmittelpreise steigen, und die Erscheinungen wiederholten sich: neue Beschwerden, vermehrte Agitation. Das Fieber des Krieges griff nach hinten über. Die Forderungen von der Front wurden immer dringlicher: 1915 und 1916: Kanonen, Munition! 1917: Soldaten! Die großen Schichten an den Somme, bei Arras, in Flandern hatten Löcher in die Effektivbestände gerissen, die aufgefüllt werden mußten. Und gerade die auch noch Einführung der Wehrpflicht am weitesten durch Zurückstellung begünstigte Arbeiterklasse sollte die Lücken ausfüllen.

Am wenigsten gerührt zeigte sich demgegenüber der Verband der Mechaniker, schon seit Kriegsbeginn der unruhigste und selbstherrlichste aller Arbeiterverbände. Er war es, der letzten Jahr den zwei Monate lang andauernden Streik in London und in Manchester und Sheffield etwa 60 000 Anhänger fand, die nichts weiter bezweckten, als die Aushebungskommissionen zu zwingen, keinen der Genossen an die Front zu senden. Die Genossenschaft wollte selbst jeden Fall prüfen und nur mit ihrer ausdrücklichen Genehmigung die jungen Leute ins Feld ziehen lassen. Wie immer kam auch hier ein Kompromiß zustande. Die Aushebung sollte auf noch nicht angelehrte Kräfte beschränkt bleiben. Damit war die Gefahr jedoch nur wieder einmal hinausgeschoben worden. Als Sir Geddes, der Sekretär des Ministeriums, im vergangenen Januar im Parlament erklärte, daß die Front 450 000 Mann frisches Nachschub bedürfe, wies das die größte Erregung hervor. Vergebens ließ die Regierung kein Mittel unversucht, um die „Engineers“, die Mechaniker, umzustimmen. Der Minister legte sich persönlich nach Glasgow, um an einem ihrer Meetings teilzunehmen und drei Stunden lang allen an ihn gerichteten Fragen standzuhalten. Sein Mut wurde belohnt. Am Ende der Sitzung sprach sich eine erdrückende Mehrheit, sofern die Regierung nicht nachgibt, für den Streik aus und ging selbst so weit, zu verlangen, daß sofort Waffenstillstand auf allen Fronten geschlossen und die Friedensverhandlungen angebahnt würden.

An solchen Ereignissen darf man nicht vorbeistehen. Man tut gut, sich vorzustellen, daß der Verband der Mechaniker 250 000 bis 300 000 Mitglieder zählt, die Clyde und Mersey-Werke, die englischen Werften und das treibende Element auf den Schiffen repräsentiert, also ausschlaggebend dafür ist, ob wir dem Unterseebootkrieg trohen können. Die Vogel-Strang-Politik hat nie zu etwas genützt.“

## Friedensrede des Viscount Milner.

Kommentar des W. T. W.

London, 21. Februar. (Nachung des Reuterschen Bureaus.) Viscount Milner sagte in einer Rede in Plymouth: Wir kämpfen nicht um Deutschland seine Unabhängigkeit zu nehmen, oder um es von seinem billigen Anteil an dem Handelsverkehr der Welt auszuschließen, immer vorausgesetzt, daß die gleiche Unabhängigkeit, die gleiche Selbstbestimmung, das gleiche Recht auf einen Platz an der Sonne für alle anderen Nationen gesichert wird, auch für die Kleinen und Schwachen, die bisher die Opfer deutscher Angriffe gewesen sind.

Milner fuhr fort: Man müsse in der nächsten Zukunft auf größere Anstrengungen und viel größere Mühsale vorbereitet sein, aber je wilder der Sturm tobe, desto höher werde sich der Geist der Nation erheben, um ihm zu trotzen. Eine wesentliche Voraussetzung, um die großen Hilfsmittel der Verbündeten voll auszunutzen, sei eine vollkommene Organisation ihrer Bemühungen. Die Koordinierung der Anstrengungen der Verbündeten war in der Praxis äußerst schwer zu erreichen.

Die letzten Sitzungen des Obersten Kriegsrats hätten einen unendlich viel geschäftsmäßigeren Charakter gehabt als die früheren Konferenzen. Man besähe jetzt in dem Obersten Kriegsrat

eine Körperschaft mit einer bestimmten Verfassung und habe regelmäßige, wenn auch nicht allzu häufige Zusammenkünfte. Milner fuhr fort: Wir kämpfen nicht, um Deutschland zu vernichten und dem Volke eine Verfassungsreform zu diktieren. Wilson und Lloyd George haben keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß wir nicht den Wunsch hegen, Deutschland aufzuteilen, und uns in das Recht des deutschen Volkes einzumischen, selbst zu bestimmen, unter welcher Verfassung es leben will.

Diese Rede, die doch gegenüber früheren englischen Ministerreden einen großen Fortschritt bedeutet, begleitet W. T. W. mit folgenden Beobachtungen:

„Derartige Versicherungen, Deutschland nicht aufzuteilen zu wollen, zeigen nur, wie groß der englische Dünkel ist und wie weit England noch davon entfernt ist, der tatsächlichen Lage Rechnung zu tragen. Sie stehen überdies inhaltlich mit den wirklichen Bestrebungen Englands, wie sie in den Mundgebungen seiner leitenden Männer zutage treten, in zu offensichtlichen Widerspruch, als daß der Imperialist Milner in der heute nicht mehr so naiv vertrauensfertigen Welt auf eine gläubige Zuhörerschaft rechnen könnte.“

Das Wolff-Bureau scheint seine Aufgaben darin zu erblicken, Meuter an Kriegsbereit zu übertrumpfen. Das kam nur die Folge haben, daß an die Friedensliebe der deutschen Regierung nicht geglaubt wird. Wollen wir denn warten, bis England und die ganze Welt vor uns auf den Knien liegt und um Gnade winselt? Das könnte unter Umständen länger dauern, als es dem deutschen Volke recht ist. Vom Reichskanzler ist zu verlangen, daß er in seiner Eitredede am Montag die Tapferkeit seiner Subalternen wieder gutmacht!

## Der Bürgerkrieg in Rußland.

Die Konstituante! Die Konstituante!

Der Petersburger Korrespondent des „Secolo“ telegraphiert laut „L. A.“ unterm 18:

Das Komitee der Parteien der aufgelösten Konstituante richtete an die Leninistische Regierung die kategorische Aufforderung, sofort die Konstituante einzuberufen.

## Wurde Kaledin ermordet?

Als Ursache des Selbstmordes Kaledins wird allgemein angegeben, daß er den Volkswill nicht unterliegen wollte und deshalb den Tod vorgezogen habe. Der Stockholmer Korrespondent der „Telegraphen-Union“ erfährt, dies könne unmöglich die tatsächliche Ursache sein, da Kaledin, im Gegensatz zu den ihm umgebenden früheren Generälen stets für eine friedliche Auseinandersetzung mit den Volkswill eingetreten ist, was schließlich zu dem bekannten Bruch mit dem General Alexejew geführt hat. Laut „Norob“ ist eher anzunehmen, daß Kaledin ermordet worden ist, als er sich nicht vordem Willen der anderen Generäle beugen wollte. Vor einigen Tagen noch veröffentlichte Kaledin einen durch seinen Quartiermeister Schapkin unterzeichneten Aufruf, in dem gesagt wurde, daß zur Vermeidung von Blutvergießen und infolge der unerträglichen Lage den Kosaken geraten wird, mit den Volkswill nicht mehr zu kämpfen. Gleich nach dem Tode Kaledins ist ein anderer, von seinem Nachfolger General Kasarow unterzeichnete Aufruf erlassen worden, der zum äußersten Kampf gegen die Volkswill auffordert.

## Die Straßenschlacht in Kiew.

Stockholm, 22. Februar. Die in Kiew erscheinende Zeitung „Gazeta Narodowa“ schildert die ersten Tage der blutigen Vorgänge in Kiew folgendenmaßen: Schon einige Tage vor den Kämpfen mit den Volkswill herrschte in der Stadt eine große Aufregung. Am Tage vor dem Ausbruch der Unruhen wurde an der Ecke der Alexandrowska- und der Sadowna-Straße ein Hotel Garbist erschossen. Auf dem Karls-Platz kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Volkswill und ukrainischen Kraftwagenfahrern, die eine große Menge Waffen und Munition aus dem Arsenal zu entführen versuchten. Die Autos wurden zur Rückkehr gezwungen. Seit dieser Zeit wurde jeder Verkehr in dem Viertel der Pipki und Tscherski aufgehoben. In der ganzen Stadt brach große Panik aus.

Die Ukrainer errichteten in der Bankowa- und Zuberanska-Straße sowie in anderen noch der Panik führenden Straßen Barricaden. Die Straßen gleichen großen Kriegslagern. Auch die Volkswill errichteten Barricaden und Schützengräben in der Nähe des Schlosses der Jarin-Witwe. Von der Alexandrowska-Straße her wurden säkularisiert Schützengräben gebaut. Gegen 6 Uhr abends gingen die Ukrainer mit Maschinengewehren und Handgranaten gegen die Volkswill vor. Später wurde auch die Feldartillerie vorgeschoben. Die Volkswill waren auf das Manöver der Ukrainer vorbereitet und empfingen sie mit lebhaftem Feuer, das von den Häusern und Dächern aus unterstützt wurde. Gleichzeitig bemächtigten sich die Volkswill des Marktplatzes und trieben die Ukrainer gegen die Kreischtschyl, wo sie auch von der auf den Anhöhen des Dnjepr stehenden Volkswill-Artillerie niedergemetelt wurden. Die Bevölkerung der ganzen Stadt geriet in die entsetzliche Verzweiflung. Die größte Panik herrschte in der Beozerna, Gofjowka und Schjostowka-Straße. Erst spät am Abend trat Ruhe ein.

Die Ukrainer haben die Stadt verlassen. Die Volkswill trieben ihr Unwesen in der ganzen Stadt, veranstalteten zahlreiche Gauszünge und verhafteten viele angesehenere Bürger. Die Drucker der Zeitungen wurden von den Volkswill für eigene Zwecke mit Beschlag belegt. Nachdem die Ukrainer neue Verstärkungen der unter dem Befehl Petkuras stehenden Truppen erhalten hatten, drangen sie wieder in die Stadt ein, mußten aber vor der überwältigenden Uebermacht der Volkswill, die ebenfalls im Besitze neuer Verstärkungen waren, sich abermals zurückziehen.

## Der Kampf ums Budgetprovisorium in Oesterreich.

Seidler für das Bündnis.

Wien, 21. Februar. Im Verlaufe der ersten Sitzung des Budgetprovisoriums feierte der Christlichsoziale Abgeordnete Hauser die Verdienste des Grafen Czernin. Bezüglich der Wünsche nach Entlassung älterer Jahrgänge erklärte Redner, er habe gestern mit dem Kaiser darüber gesprochen. Der Kaiser beauftragte ihn, dem Hause zu sagen, daß es ihm die größte Sorge bereite, den Krieg fortzuführen zu müssen und daß er nichts fernlicher wünsche, als die Soldaten sobald als möglich nach Hause zu schicken. (Stürmischer Beifall links und bei den Ukrainern.) Besonders ist dem Kaiser daran gelegen, die alten Jahrgänge sobald als möglich zu entlassen. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Gegenüber den gestrigen Reden der polnischen Abgeordneten wies der Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler unter lebhaftem Beifall auf den Nutzen mit aller Schärfe die Angriffe gegen das Deutsche Reich zurück. Diese Angriffe wirken freizugelängert, indem sie den Kriegsbegherten im gegnerischen Lager Argumente gegen die Geschlossenheit der Mittelmächte liefern. Gott sei Dank steht unser Verhältnis zu dem alle Zeit und namentlich im Feuer des Weltkrieges herlich bewährten Verbündeten so hoch und so fest, als das solche Quereibereien an seiner Klarheit, Wärme und Innigkeit zu zögern vermöchten. (Lebhafter Beifall und Handklatzchen links.)

## Die Lage in Polen.

Wolffs Bureau meldet: Nach Mitteilungen von amtlicher Stelle ist die Belagerung, die in Genschow, Lodz und Wloclawek der Belagerungszustand verhängt worden sei, und daß der polnische Regentenschaftsrat den Feldmarschallentnant Rogwadowski zum Generalkommandanten aller polnischen Abteilungen ernannt habe, unzutreffend. Die Nachricht ist erfunden.

## Englands Propaganda in Feindesländern.

Angriffe gegen Lord Northcliffe.

Bern, 21. Februar. Die Ernennung zweier einflußreicher, aber nicht sonderlich beleumundeter Zeitungsmagnaten zu Kabinettsministern, nämlich Lord Beaverbrook zum Propagandaminister und Lord Northcliffe zum Minister für Propaganda in feindlichen Ländern bildete im Unterhause am 18. Februar Gegenstand mehrerer starke Unzufriedenheit mit den Ernennungen behandelnder Anfragen. Bonar Law erklärte, daß Beaverbrook Eigentümer des „Daily Express“ bleibe und daß Northcliffe den Posten erhalten habe, weil er die Propaganda in Feindesländern besser zu besorgen vermöge, als jemand anders.

Wähle belonte unter Anspielung auf die bei der neulichen Debatte Lloyd George zur Last gelegten Vorkenntnisse, daß Ernennungen dieser Art das Vertrauen in die Regierung stark unterminierten. (Beifall.)

Bei der Beipredung der Anforderung einer Erhöhung des Geheimfonds für den auswärtigen und sonstigen Geheimdienst um 200 000 Pfund. Ester führte Bringle aus, die Ernennung der fraglichen Vorkenntnisse zu Ministern mache es notwendig, von der Gewohnheit, die Geheimfonds ohne Erörterung ihrer Anwendung zu bewilligen, abzugeben. Er erbat daher Auskunft, ob ein Teil dieser Fonds für die Propagandatätigkeit der neuen Minister bestimmt sei. Er erwähnte, es sei bekannt, daß der Geheimdienst der Regierung Lockspiegel verwende.

Dogge verlangte die Zusicherung, daß die fraglichen Fonds nicht für Geheimagenten bestimmt seien, die unter der industriellen Bevölkerung Englands Unzufriedenheit und Streiks erregten.

King wies darauf hin, daß man jährlich dreiviertel Millionen Pfund Sterling für den Geheimdienst ausgäbe. Es lägen viele Anzeichen geheimer Tätigkeit vor, wie die Reise des Generals Smuts nach der Schweiz, die Reise des Generalstaatsanwalts Smith nach Amerika, die Ernennung Northcliffes und manche andere, und kein einziger Fall davon sei geeignet, Vertrauen zu erwecken.

## Die Konferenz der Ententesozialisten.

Rotterdam, 21. Februar. Nach Meldungen des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ und des Reuterschen Bureaus aus London wurde die Konferenz gestern von dem Vorsitzenden der gemeinsamen Kommission des Gewerkschafts Kongresses und der Arbeiterpartei Ogden eröffnet. Die Konferenz beschloß, daß die Abgeordneten der Italia Irredenta, Bosnien, Rumänien und Südafrika an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen dürften. Es wurde beschlossen, fünf Kommissionen zu bilden, nämlich: erstens für den Völkerverbund, zweitens für territoriale Fragen, drittens für wirtschaftliche Fragen, viertens eine Kommission, die die Mittelungen an die Öffentlichkeit zu revidieren haben wird. Eine fünfte Kommission wird zu beraten haben, ob es wünschenswert sei, eine internationale Konferenz einzuberufen, und unter welchen Umständen eine solche zusammenkommen müßte. Ferner soll diese Kommission über Schritte beraten, um die Vertretung der Arbeiterklassen auf der offiziellen Friedenskonferenz zu sichern, und darüber, ob zugleich eine Arbeiterkongress einberufen werden soll.

London, 22. Februar. (Meuter.) Wie ein hiesiges Blatt erzählt, wird eine Reihe von Gewerkschaften wegen der herrschsüchtigen Haltung des äußersten linken Flügels der Arbeiterpartei eine gewerkschaftliche Arbeiterpartei zu gründen versuchen, die unter dem Einfluß des Gewerkschaftskongresses stehen soll.

## Homo-Grumbach gegen Grimm.

Der Schweizer Mitarbeiter der „Humanität“, Homo-Grumbach, sendet uns eine längere Zuschrift, in der er der verhängnisvollen Aufforderung des Nationalrats Grimm, er solle doch sein Verhältnis zur Ententespropaganda, insbesondere zu deren Berner Bureau, klarlegen, nachkommt. Grumbach erklärt dazu:

„Ich habe mit keinerlei Propaganda irgend etwas zu tun. Ich kenne kein „Propaganda-Bureau der Entente“. Ich bin Redakteur der „Humanität“, wo ich seit drei und ein halb Jahren fast täglich meine Ansichten über Deutschland veröffentliche — Ansichten, die sich völlig mit dem decken, was ich hier in der Schweiz, in öffentlichen Versammlungen, ausführe. Was ich kenne, ist ein französisches Pressebureau, in dem 6 oder 7 Journalisten sitzen, mit denen ich rein beruflich verkehre. Wenn ich rede, so steht meine Ueberzeugung dahinter und sonst niemand.“

Grumbach geht dann zum Gegenangriff gegen Grimm vor und behauptet, dieser habe, obgleich Zimmerwalder und Gegner der Landesverteidigung, im Sommer 1915 in Paris in Gegenwart eines der bekanntesten Parteiführer und eines registrierten Ministers sich folgendermaßen geäußert: „Für den Fall, daß die Schweiz in den Krieg hineingezogen werden sollte, müßt Ihr alles tun, damit die Schweiz auf seiten Frankreichs kämpft.“

Weiter behauptet Grumbach, Grimm habe, entgegen seinen ehrenwörtlichen Versicherungen, vor seiner vielbesprochenen Petersburger Reise (die zum Sturz des Bundesrats Hoffmann führte), mit dem deutschen Gesandten in Bern eine Unterredung gehabt. Es ist Sache Grimms, sich zu diesen Behauptungen, die seine Verlor in sehr zweideutigem Maß erscheinen lassen, zu äußern. Was Grumbach betrifft, so haben wir ihm wiederholt vorwerfen müssen, daß er durch gehässig falsche Berichte über das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie die Verständigung mit den französischen Sozialisten nach Kräften hintertrieben hat. Es liegt aber kein Grund zur Annahme vor, daß er sich dabei von materiellen Beweggründen leiten ließ.

Der Ukraine-Frieden angenommen.

Der Fall Dittmann im Reichstag.

181. Sitzung, Freitag, 22. Februar 1918, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Krause.

Antrag auf Haftentlassung Dittmanns.

Ein schleuniger Antrag Albrecht (U. S.) und Genossen geht dahin, daß der Reichstag die Entlassung des Abg. Dittmann aus der Strafhaft verlangen soll.

Vizepräsident Dr. Paasche: Es handelt sich um einen rein geschäftsordnungsmäßigen Antrag, daß ein Abgeordneter aus der über ihn verhängten Strafhaft entlassen werden soll. Ich glaube, ich kann nicht zulassen, daß hier eine politische Diskussion aufgestellt wird, und meine, daß die Herren, die darüber sprechen wollen, rein geschäftsordnungsmäßig diese Frage behandeln.

Abg. Paasche (U. Soz., zur Geschäftsordnung):

Diese Beschränkung der Debatte ist unzulässig und sachlich vollkommen unangebracht. In früheren Fällen ist der Redefreiheit in keiner Weise eine Strenge gezogen worden. Der Antrag verlangt, daß der Reichstag von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und die Aufhebung der Strafhaft eines Mitglieds verlangen soll. Damit der Reichstag sich ein Urteil darüber bilden kann, ob er von diesem Recht Gebrauch machen will oder nicht, ist es notwendig, darzulegen, weshalb dieses Mitglied verhaftet wurde, wie das Urteil lautet, aus welchen Gründen es ergangen ist und wie es vom Standpunkt des Reichstages, das heißt vom politischen Gesichtspunkt aus zu beurteilen ist. Erst wenn nach allen diesen Richtungen durch die Diskussion Klarheit geschaffen ist, kann der Reichstag darüber entscheiden. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wie soll das rein formal besprochen werden, ohne auf die Sache einzugehen? Die Wirkung eines solchen Vorgehens würde sein, den Antrag und alles was damit zusammenhängt, zu einer Farce zu machen. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Paasche: Ich vermahne mich dagegen, als ob mein Vorgehen gegen die Würde des Reichstages gerichtet wäre und den Antrag zu einer Farce machen würde. Meine Erwägungen sind durchaus sachlich und Natur. Es handelt sich hier nicht darum, ein rechtskräftiges Urteil zu kritisieren, sondern darum, zu entscheiden, ob wir auf Grund des Artikels 31 die Entlassung verlangen können, obwohl der Abgeordnete rechtskräftig verurteilt und im Gefängnis ist. Die Urteilsfähigkeit der Reichstagsmitglieder ist groß genug, um das ohne Diskussion über das Urteil selbst entscheiden zu können.

Abg. Hertzfeld (U. Soz.): Der Vorschlag des Präsidenten kommt darauf hinaus, daß der ganze Reichstag im letzten Jahre des Krieges nicht mehr das Recht haben soll, darüber zu entscheiden, ob er die Immunität eines seiner Mitglieder beanspruchen kann oder nicht. Eine gründliche Besprechung ist um so notwendiger, als die Forderung eine Verfassungsänderung über die Verhandlung gegen Dittmann verhängt hat. (Unterbrechung durch den Vorsitzenden.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Das ist der Grund, warum die Sache vor das Haus kommen muß. — Der Vizepräsident ruft Ledebour zur Ordnung. (Sehr. Beifall rechts.) Als die Abg. Weber und Liebkecht auf die Forderung kamen, wurde im Reichstage förmlich derselbe Antrag gestellt, den wir jetzt gestellt haben, damals aber hat der Reichstag zugelassen, daß Verhandlung und Urteil in der breitesten Weise eröffnet wurden. Jetzt nach 45 Jahren wollen Sie der Welt das Schauspiel geben, daß der Deutsche Reichstag die Immunität seiner Mitglieder nicht mehr so hoch hält?

Abg. Ebert (Soz.): Ich möchte den Präsidenten ausdrücklich bitten, den Rahmen unserer Verhandlung nicht zu eng zu ziehen. Wenn es sich auch bei dieser Debatte darum handelt, zu prüfen, inwieweit der Artikel 31 der Reichsverfassung Anwendung findet, so muß doch unter allen Umständen den Antragstellern bei der Begründung ihres Antrages ermöglicht werden, den Sachverhalt darzustellen,

um ein klares Bild zu gewinnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Paasche: Das Urteil kann beim Etat besprochen werden, aber nicht bei diesem Antrag.

Abg. Erber (Z.): Wir können jetzt nicht in eine Kritik eines rechtskräftigen Urteils eintreten. Wohin soll es führen, wenn wir hier eine weitere Instanz über das Militärgericht errichten wollten?

Abg. Dr. Jund (natl.) schließt sich dieser Meinung vollkommen an.

Vizepräsident Paasche: Ich habe nur angesetzt, daß die Rechtsfrage nicht glossiert werden soll. Selbstverständlich kann das Urteil nicht geändert werden, aber es kann bei diesem Antrage nicht kritisiert werden.

Abg. Hoffe meldet sich zur Geschäftsordnung; zugleich erklärt Vizepräsident Paasche, die Abstimmung darüber einzuleiten, ob das Haus seinem Vorschlage beistimmt. Die unabhängigen Sozialisten erheben lebhaften Widerspruch.

Vizepräsident Paasche: Ich kann nicht stundenlange Geschäftsordnungsdebatten zulassen. Es liegt in der Hand des Präsidenten, ob er zur Geschäftsordnung das Wort erteilen will. (Eilrühmliche Unterbrechungen der U. Soz. und linke Rufe: Zur Geschäftsordnung! Sei! Derol! Gausknacht!)

Vizepräsident Paasche nimmt den Ordnungsruf, den er dochhin dem Abg. Ledebour erteilt hatte, zurück, da er auf einem Hörfehler beruht habe. Darauf erteilt er das Wort zur sachlichen Debatte dem

Abg. Hertzfeld (Unabh. Soz.):

Er legt zunächst dar, daß nur bei Erklärung des Belagerungszustandes der Artikel 7 der preussischen Verfassung hätte aufgehoben werden können. Nur durch Aufhebung dieser Bestimmung ist es möglich geworden, daß das außerordentliche Kriegsgericht den Abg. Dittmann ohne Voruntersuchung in aller Schnelligkeit aburteilen und so den Reichstag darum bringen könnte, seine Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dittmann zu erteilen oder zu verweigern. Am Freitag stand die Aufhebung des Belagerungszustandes in den Zeitungen, am Sonnabend vormittag erhielt ich auf dem Gericht zufällig, daß Abg. Dittmann schon an diesem Tage vom Kriegsgericht abgeurteilt worden sollte, also ohne daß er oder sein Verteidiger davon wußte. (Wort! hört!

bei den Sozialdemokraten.) Auf meine Intervention waren die Richter geneigt, die Verhandlung auf Montag früh zu vertragen. Da der Gang der Verhandlung infolge eines Pensurverbots in den Zeitungen nicht mitgeteilt werden durfte,

will ich hier darauf eingehen. Sie wissen, daß der Streik am 28. Januar mit elementarer Gewalt ausgebrochen ist, am Abend streikten in Berlin 200 000 Arbeiter. Den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund, auf dem es möglich war, daß eine solche Bewegung entstand, will ich kurz andeuten. In vier Jahren des Krieges hatten Millionen Arbeiter ihr Leben gelassen, ihre Arbeitskraft verloren, waren zu Krüppeln geworden. Dazu kam das Anwachsen der Ernährungsschwierigkeiten, Drangsalierungen der Arbeiter im Innern, die Vorkommnisse, die Anhebung der Preise, Verfolgung ihrer Vorwörter. Auf der anderen Seite hatte die Vaterlandspartei fast unbefristete Freiheit. Die Verhandlungen in West-Berlin zeigten zu zeigen, daß die Erziehungspolitiker in Deutschland das Heft in Händen hatten. Unter diesen Umständen verzweifelte die Arbeiter an einem nahen Frieden und entschlossen sich, ihre proletarische Macht in die Waagschale zu werfen. So brach elementar der Streik aus. Am Dienstag, 30. Januar, erhielt Abg. Dittmann die Verordnung des Oberkommandierenden, monach die Streikleitung sich jeder weiteren Tätigkeit zu enthalten. Die erste Tätigkeit des Abg. Dittmann in der Streikleitung hatte darin bestanden, auf sofortige Verhandlung mit dem Staatssekretär des Innern zu drängen, und den Streikordnungsmaßnahmen zu Ende zu führen. Als er am Dienstag durch einen Brief benachrichtigt wurde, daß eine Verammlung in Trowitz stattfand, war es seine selbständige Pflicht als Vorstandsmitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, dort hinzugehen. Er sprach dort von der Bedeutung der Arbeitniederlegung, daß sie den Zweck der Demonstration habe, um der Regierung den Willen der Arbeiterschaft für einen allgemeinen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu zeigen. Während seiner Rede entstand Unruhe, er mußte sie deshalb kurz abbrechen und schloß: „Nach der allgemeinen demokratischen Forderung“ Darauf erscholl ein dreimaliges Hoch. In dem Augenblick wurde Dittmann von einem Gendarmen verhaftet. Die Unruhe war entstanden, weil der Gendarm, was Dittmann nicht hören konnte, die Verammlung zum Auseinandergehen aufgefordert hatte. Der ganze Prozeß dreht sich nun darum, ob Dittmann statt der angeführten Sachverhalte gesagt hat: „Wir müssen den Streik hochhalten.“ In diesen Worten hat das Gericht verurteilten Landesverrat gesehen und ihn zu fünf Jahren Festung verurteilt, während der Staatsanwalt

6 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust beantragt

hatte, ein Antrag, den er einem Raubmörder gegenüber wohl nicht gestellt hätte. Alle Jungen Dittmanns, darunter einer, der unabweisbar neben ihm gestanden, befanden daselbst wie Dittmann. Daher sollte man meinen, daß ein objektives Gericht mindestens zu einem non liquet gekommen wäre. (Vizepräsident Lobe: Damit beleidigen Sie erstens das Gericht, daß es nicht objektiv geurteilt hätte, und handeln zweitens gegen den Beschluß des Hauses, das Urteil nicht zu kritisieren.) Die Gendarmen haben offenbar nur das Hoch gehört und haben sich das andere konstruiert. Dittmann ist ein Mann, der seine Worte genau überlegt und auch die deutsche Sprache versteht. Darum hat er gar nicht sagen können „den Streik hochhalten“, das ist nur Gendarmendeutsch. Und nach den Worten man solle den Streik hochhalten, wäre auch natürlich kein dreimaliges Hoch erlungen. Dittmann soll durch seine Worte Hochverrat begangen haben. Was hat aber die deutsche Regierung getan? Sie hat durch das Verbot jeglicher Zusammenkünfte der Streikenden diese geradezu auf die Straße getrieben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Man hat gegen die unbewaffnete Menge Gendarmen mit Revolvern und Schloß angesetzt lassen. Dabei ist deutsches Arbeiterblut geflossen. Es sind 6 Arbeiter erschossen worden.

So geht derselbe Staatssekretär Waltraf vor, der hier das Wort des proletarischen Dichters zitiert hat, daß Deutschlands ärmerer Sohn auch sein treuester war. Das konnten in dieser Lage die Arbeiter anders tun als ihre eigene Macht durch Streik in die Waagschale werfen? (Vizepräsident Lobe: Ich fordere Sie auf, nur über die Verhaftung des Abg. Dittmann zu sprechen!) Die Regierung hat die Verhandlung mit den Streikenden abgelehnt. (Vizepräsident Lobe ruft den Redner zum zweitemal zur Sache und macht ihn auf die Folgen aufmerksam.) Es handelt sich nun für den Reichstag um die Frage, ob er von dem Recht des Artikels 31 Gebrauch machen will. Danach kann auf sein Verlangen jedes Strafverfahren gegenüber einem Abgeordneten aufgehoben werden. Was ein Strafverfahren ist, ist der Erlaß dieses Artikels nicht festgestellt. Nebenfalls kann nicht maßgebend sein, was die Strafprozessordnung darunter versteht, denn die ist viel später gemacht worden. Bei Erlaß des Artikels 31 aber verstand man unter Strafverfahren allgemein auch die Strafverfolgung. Das Haus selbst hat sich auf den Standpunkt gestellt, als es vor einem Jahr erklärte, daß auch die Schlußhaft unter den Artikel 31 fällt. Im übrigen ist der Reichstag souverän und kann interpretieren, daß das Strafverfahren auch die Strafverfolgung in sich schließt. Die Immunität ist ein hohes Privilegium des Reichstages. Gerade für Zeiten der politischen Bedenksamkeit ist Artikel 31 gemacht. Es handelt sich hier um ein Mitglied des Reichstages, um einen Abgeordneten des Reichstages, um den Reichstagspräsidenten vom 19. Juli. Die Arbeiter werden von ihrem Rechtswort des Streiks wieder Gebrauch machen müssen, wenn Sie sie dazu zwingen. Darum nehmen Sie unseren Antrag an zum Wohle des Deutschen Reiches. (Wort! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Waltraf:

Nach dem vom Urteil festgestellten Tatbestand hat der Abg. Dittmann sich gegen die Verordnung des Oberkommandierenden verhalten, die jede Betätigung der Streikleitung zugunsten des Streiks untersagte, er hat ferner Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und durch seine Aufforderung zum Durchhalten und den Streik hochzubalten, hat er sich des versuchten Landesverrats schuldig gemacht. Auf Verlangen des Reichstages nach dem Artikel 31 der Verfassung ein Strafverfahren ausgesetzt. Es besteht aber seit langem Übereinstimmung in der Wissenschaft und in der Praxis des Reichstages, daß unter Strafverfahren die Vollstreckung eines rechtskräftigen Urteils nicht zu verstehen ist. Der Reichstagspräsident würde also gar nicht in der Lage sein, einem Ansuchen, wie es der Antrag an ihn stellt, nachzukommen. Der Abg. Hertzfeld sprach auch von der Not des Volkes und dem unschuldig geflossenen Blut. Das war vor allem das Blut der Polizeibeamten. Es ist festzustellen, daß der erste Schuß, der gefallen ist, der war, durch den ein Polizeibeamter niedergestreckt wurde. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist unbedenklich, wenn von hochmütigen Jungen und Mädchen die Angestellten der Strafverbände angegriffen werden. Wenn es da zu Folgen kommt, die innerer mit Unruhen verknüpft sind, so tragen diejenigen die Schuld, die noch schäuernd nicht diejenigen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung berufen sind. In diesem Falle verdient die Re-

izei Dank. (Sehr wahr! Beifall.) Unser aller Wunsch ist ein ehrenvoller Frieden. Streiks aber sind das falsche Mittel dazu, denn sie säen Zwietracht, während das beste Mittel, zum Frieden zu gelangen, die Einigkeit ist.

Abg. Ebert (Soz.):

Nach unserer Meinung ist der Streik verursacht durch die unhaltbare Politik der Regierung, die es vernachlässigt hat, in der Friedensfrage für Klarheit zu sorgen und den Beschwerden über den Belagerungszustand abzuhelfen, und die in der Ernährungsfrage die schwersten Schäden nicht beseitigt hat; und nicht zum wenigsten sind die

Verhandlungen über das preussische Wahlrecht

Schuld am Streik, die in geradezu provokatorischer Weise geführt worden sind und die Arbeiter bis aufs Blut gereizt haben. (Sehr wahr! Zustimmung links.) Anstatt den Arbeitern Moral zu geben, sollte die Reichsregierung gegenüber einer kleinen Schicht von Interessentenpolitikern so kräftig eingreifen. (Sehr wahr! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf die politische Debatte will auch ich jetzt nicht eingehen. Nach meiner Kenntnis der Dinge ist die Darstellung des Sachverhalts durch den Abg. Hertzfeld durchaus zutreffend. Im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Politik muß die ganze Frage unseres Erachtens gründlich besprochen werden. Dabei wird auch über die

Jubiläum der außerordentlichen Kriegsgerichte

gesprochen werden müssen, von denen ein Vermächtigtes ausgesagt, daß die schärfste Kritik herausfordere und gegen das wir schon jetzt entschiedensten Protest einlegen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Richtig ist, daß in den 70er Jahren der Reichstag beschloß, daß der Staatsrat solle nicht unter den Artikel 31 der Verfassung. Wer auch damals hat keine einheitliche Auffassung gezeichnet. Nach dem Geist und dem Zweck der Bestimmung ist jedenfalls die damalige Auffassung des Reichstages unbillig. Die Immunität ist kein persönliches Privileg, sondern bedeutet die Sicherstellung der Rechte der Wähler und des Parlaments. Die Frage ist, ob es wichtiger ist, daß ein Abgeordneter ohne Unterbrechung seine Strafe abbußt oder daß der Reichstag vollzählig zusammenzutreten kann. Die Person und Parteistellung des betreffenden Abgeordneten bleibt dabei völlig außer Betracht. Der Auffassung, daß mit der Rechtskraft des Urteils das Strafverfahren zu Ende sei, können wir uns nicht anschließen, auch die Veränderung hat dafür kein Verhängnis. Auch der Verfassungsausschuß hat den Antrag angenommen, den Artikel 31 der Verfassung auf die Strafhaft anzuwenden. Sollte die Mehrheit wider Erwarten den Artikel 31 so auslegen wie in den 70er Jahren, so sollte sie doch mindestens den Antrag des Verfassungsausschusses zur schleunigsten Erledigung bringen. Vor allem aber bitten wir, dem Antrag Albrecht und Genossen zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Op.): Es handelt sich hier lediglich um die objektive Feststellung einer Rechtsfrage, und da kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß im Artikel 31 der Verfassung „Strafverfahren“ im Sinne der Strafprozessordnung zu verstehen ist. Danach fällt die Strafverfolgung nicht mehr unter das Strafverfahren, und der Antrag Albrecht ist unzulässig.

Staatssekretär im Reichsjustizamt v. Krause: Nicht nur in den 70er Jahren, sondern auch in den 80er und 90er Jahren hat der Reichstag entschieden, daß eine Strafhaft nicht unter den Artikel 31 der Verfassung fällt. Der Abg. Ebert hat auf den Antrag des Verfassungsausschusses hingewiesen, den Artikel 31 auch auf die Strafhaft auszudehnen. Dieser Antrag bemerkt doch, daß nach dem geltenden Recht die Strafhaft nicht unter diesen Artikel fällt. Auch die Sozialdemokraten haben im Jahre 1909 einen solchen Antrag gestellt, der ja gar keinen Sinn hätte, wenn schon nach dem bestehenden Recht der Artikel 31 auf die Strafhaft zuträfe.

Abg. Erber (Z.): So selbstverständlich wie der Staatssekretär es hinstellt, ist die Sache nicht. Im Reichstag waren seinerzeit die Meinungen jedenfalls geteilt. Warum sollte auch ein so wesentlicher Unterschied in der Behandlung der Haft vor und nach dem Urteil gemacht werden? Bei der Streitigkeit der Rechtsfrage handelt es sich bei uns um die Schwere des Falls. Was das Motiv der Handlung des Abg. Dittmann noch so ehrenhaft gewesen sein, so lag doch in seinem Verhalten eine schwere Gefahr für das Vaterland, denn bei Unterbindung der Munitionsherstellung können wir den Krieg nicht weiterführen. Im Hinblick auf die Schwere des Falles können daher meine politischen Freunde den Antrag auf Aufhebung der Strafhaft nicht ablehnen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. von Veit (L.) wendet sich gegen den Antrag auf Haftentlassung und bemerkt, die Arbeiter seien nicht durch die Behandlung der Wahlrechtsfrage im Abgeordnetenhaus zum Streik aufgehetzt worden, sondern sie seien direkt aufgehetzt von gewissenlosen Hebern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (natl.): Zum Streik werden wir innerhalb einer größeren politischen Debatte Stellung nehmen, hier handelt es sich nur um die Auslegung des Artikels 31, wonach wir gegen den Antrag stimmen müssen, indem wir uns vor dem bestehenden Gesetz beugen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bruhn (Deutsche Fraktion) wendet sich gegen den Antrag auf Haftentlassung.

Abg. Paasche (U. Soz.): Auf juristische Haarspaltereien lasse ich mich nicht ein. Wenn der Artikel 31 der Verfassung den Strafvollzug mit umfaßt, wie ja der Abg. Erber einräumt, dann selbst das Kriegsgericht hat zugegeben, daß es sich hier lediglich um eine Handlung aus politischen Motiven handelt. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Auf den Streik werde ich bei dem Etat eingehen und seine Notwendigkeit und seine Berechtigung in vollem Umfang beweisen.

Abg. Dr. von Loege: Bei jedem Urteil wird der Angeklagte auch zu den Kosten des Verfahrens verurteilt und als solche werden nach der Strafprozessordnung auch die Kosten des Strafvollzugs angesehen. Nicht gehört die Strafvollstreckung auch in das Strafverfahren. Die Verurteilung des Reichstages zu dem Antrag ist danach zweifellos, und wir müssen ihm Folge geben, nicht um ein Recht eines Abgeordneten, sondern um ein Recht des Reichstages zu wahren.

Die Debatte schließt. Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen beider sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen abgelehnt. — Es folgt die

Zweite Beratung des Ukrainefriedens.

Abg. Dr. Walter-Kaufmann (Z.): Wir begrüßen den Frieden als erste Frucht der Heldentaten unserer Armee, aber auch der Friedensbereitschaft und Friedenspolitik der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit. (Wort! im Z.)

Abg. Loh (natl.) begrüßt insbesondere, daß der freie Handel an der Erhaltung der Vorräte in der Ukraine beteiligt werden soll. Erfreulich ist auch die Festlegung der Zollfreiheit für die Ausfuhr von Eisenwaren.

Abg. Graf Garmes (L.) hofft, daß es bald zu einem Handelsvertrag mit der Ukraine kommen wird. Der Friedensvertrag wird genehmigt. Beim Zusammentritt bringt

Abg. Mater-Kauffbeuren (N.) die Bestimmung zur Sprache, wonach die Ukraine berechtigt ist, den Grundbesitz entschädigungslos zu expropriieren. Die Ukrainer deutscher Abstammung müssen gegen eine solche Maßnahme geschützt werden.

Ministerialdirektor Krieger legt dar, daß es sich bei der betreffenden Bestimmung nur darum handelt, daß Grundstücke, die infolge der Kriegereignisse den ursprünglichen Eigentümern abhandeln gekommen sind, ihnen wieder zurückzugeben sind. Geschichte das nicht, so muß eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Ueber künftige Enteignungen sagt der Friedensvertrag nichts. Jedenfalls haben wir den Ukrainern unseren Standpunkt sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß Enteignungen ohne Entschädigungen nicht erfolgen dürfen.

Abg. Graf Garmier (L.): Das ist vorläufig ein frommer Wunsch, denn die Ukrainer haben auf diese unsere Erklärung nicht geantwortet. Wir müssen alles tun, um die Interessen der deutschen Angehörigen zu schützen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird auch der Zusatzvertrag angenommen. Es folgt die dritte Lesung der Verträge.

### Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Sozialdemokratie hat bereits in der ersten Lesung des Friedensvertrages mit der Ukraine hervorheben lassen, wie groß ihre Bedenken gegen die Festsetzung der Grenze zwischen Polen und der Ukraine

sind. Diese Bedenken sind nicht vollkommen beseitigt worden durch die Mitteilung des Herrn Staatssekretärs von Kühnmann über die Wiener Kommission, die unter Teilnahme österreichisch-ungarischer, ukrainischer und polnischer Vertreter die Grenze endgültig bestimmen soll. Trotzdem wird die sozialdemokratische Fraktion dem Friedensvertrag zustimmen in der Gewissheit, daß jeder Friedensabschluß den Willen der Völker zum allgemeinen Frieden und den Einfluß aller zu einem Verständigungsfrieden bereiten stärken, dagegen die Position der Kriegstreiber in allen Ländern mehr und mehr erschüttern muß. Die sozialdemokratische Fraktion spricht die Erwartung aus, daß diesem Vertrag bald weitere folgen werden, so daß dem Völkerfrieden ein Ende gemacht und wirkliche Kulturarbeit im Interesse eines dauernden Friedens zum Nutzen aller Völker begonnen werden kann. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Fischbeck (Sp.): Wir stimmen den Verträgen zu und danken den Herren, denen es gelungen ist, aus dem Chaos von Prest-Bitowsk doch schließlich diesen Friedensvertrag mitzubringen.

### Abg. Stuchel (Pol.):

Bei der einseitigen Informierung der deutschen Presse können wir Polen auf ein Verständnis unserer Lage nicht rechnen. In diesem Moment erzittert die polnische Nation von oben bis unten von Schmerz und Entrüstung. Die uns gegebenen Versprechungen, auch königliche Versprechungen, sind uns gegenüber nicht gehalten worden. Man gibt zu, den Polen geschieht im Vertrage unrecht, aber höhere Interessen verlangen die Ratifizierung des Vertrages. Ich meine, das höchste Interesse ist die Wahrung von Freiheit und Recht. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die Tragik der Polen war die größte in diesem Kriege, denn ihre Söhne waren durch die Dreiteilung Polens gezwungen, Landsmann gegen Landsmann zu kämpfen. Da ist es ein brutales Verlangen, die Polen sollten noch über die Dienstpflicht hinaus freiwillig ein Heer aufstellen. Das polnische Volk und polnische Land hat man in Prest-Bitowsk als Handelsobjekt mißachtet. Und da spricht man von freier Selbstbestimmung der Völker. Man sollte doch offen bekennen: wenn man sich schwach fühlt, spricht man von Freiheit und Gerechtigkeit, wenn man sich stark fühlt, preist man darauf. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die ganze Welt lehnt nach Frieden und hier geht man offen darauf aus, neue Reibungsflächen zwischen Polen und Ukrainern zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Der Abg. Bacmeister hat das in einer Verammlung der Vaterlandspartei ausdrücklich begrüßt. (Hört! hört! bei den Polen.) Das spricht für die Gesinnung, die dahinter steckt. (Sehr wahr! bei den Polen.) Auch an der Besetzung Polens werden neue Annexionen erzwungen. Man unterschlägt nicht die Erregung der Polen. Wir legen feierlich vor Gott, vor dem Tribunal der Geschichte und vor der zivilisierten Welt Protest ein gegen diesen neuen Gewaltakt, die neue Teilung Polens. (Lebhafte Bravo! bei den Polen.)

Abg. Graf Westarp (L.) begrüßt den Vertrag und weist die Ausführungen des Vordröner als Übertreibungen zurück. Ich bedaure, daß der Abg. Scheidemann auch heute wieder von Kriegstreibern in allen Ländern geschrien hat. In Deutschland gibt es keine Kriegstreiber. (Schallendes Gelächter bei den Soz. und U. Soz.) Es ist unverantwortlich, daß Sie durch dies Gelächter den Feinden, die verleumdend solche Behauptungen verbreiten, Material liefern. (Erneute große Unruhe b. d. Soz. u. U. Soz. Zurufe: Vaterlandspartei!) Herr Cohn hat also die Stirn, hier behaupten zu wollen, daß dieser Krieg in Deutschland ausgebrochen ist. (Abg. Cohn: Jawohl! — Zur. b. d. U. Soz. Großer Lärm und Phrasen rechts.)

Abg. Lehmann (N.) begrüßt den Frieden als die Grundlage künftiger Friedensschlüsse, und weist gleichfalls die Ausführungen des Abg. Stuchel als einseitige gehässige Darstellung zurück. Wir hoffen auf

### Frieden mit Rußland.

Wenn wir in Skandinavien und Livland einrücken, so tun wir das, um den Grausamkeiten, die jetzt dort verübt werden, ein Ende zu machen. Redner polemisiert weiter unter größter Unruhe der Polen gegen den Abgeordneten Stuchel. Die Deutschen waren die Todfeinde der Polen, wohl aber die Litauer und Ruthenen, die von den Polen unter ihrer Herrschaft aufs härteste unterdrückt worden sind. (Lebhafte Unruhe bei den Polen. Bravo! rechts.) Wollen die Polen etwa verlangen, daß Deutschland jetzt seine polnischen Provinzen an ein künstliches Polenreich abgibt, von dessen Freundschaft zu Deutschland wir wirklich noch nichts gemerkt haben. (Sehr wahr!) Das wäre doch eine zu unbenutzliche Dummheit. (Lebhafte Zustimmung.) Sie können dem Reichstag nicht vorwerfen, daß er die Polen ungerecht behandelt habe. Wer von uns Gerechtigkeit verlangt, muß auch Vertrauen haben und darf nicht so grotesk einseitig vorgehen. Was speziell das Cholmer Gebiet anlangt, so ist ja im Friedensvertrag selbst eine Grenzkorrektur durch eine gemischte Kommission vorgesehen. Aber die Polen sind auch mit dieser Kommission nicht zufrieden, wenn sie nicht ganz aus Polen besteht. Mit dem Bacmeister lassen Sie uns in Ruhe — solche Leute sollte man an die Kanare legen. (Weiterkeit.) Wollen Sie etwa verlangen, daß an der Cholmer Frage der Friede gescheitert wäre. (Zuruf bei den Polen: Das wäre nicht geschehen, hätte man die Polen zugelassen.) Wir haben den ehrlichen Willen, mit den Polen in alter Freundschaft zu leben. Wir werden die Freiheit und Selbständigkeit des künftigen polnischen Reiches wahren, aber man kann und nicht zuzumuten, für unsere Feinde und für solche, von denen wir nicht wissen, ob sie es noch werden wollen, die Kastranen aus dem Feuer zu holen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Wir können dem Vertrage mit der Ukraine nicht zustimmen (Lachen), weil er ein Versuch der Einmischung in die Angelegenheit anderer Völker ist und zwei Völker gegeneinander auspielt. Weiter enthält der Frieden ein Unrecht gegen die Polen, die ohne auch nur gefragt zu sein, eines Teils ihres Landes beraubt werden. Wir können eine Politik nicht unterstützen, deren Absichten sehr klar zutage liegen: wir marschieren im Osten, um das alte zum Untergang verurteilte kapitalistische Europa gegen die soziale Revolution zu schützen. Wir können einen Friedensvertrag nicht zustimmen, der einen Großbalkan an unserer Ohrenzunge schafft und keine Friedensforderung darstellt, sondern neue Kriegsgefahren für die nächste Zukunft heraufbeschwört. Die Theorie von den baltischen Baronem, die sich nach Deutschland sehnen sollen, ist ganz falsch. Aus diesen Kreisen der Balken stammen die schlimmsten Träger der zaristischen Unter-

drückungspolitik, die Krenenkampf, die Plehwe, die Kaulbars usw. Siedelen erst jetzt in Deutschland, wo sie den Boden unter den Füßen verloren. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Die sogenannten Hilferufe aus Vollenland sind nur Vorwände für längst beschlossene Annexionen. Die Sympathieerklärungen des Rats von Ländern eröffnen die Aussicht auf Sonderfriedensbestrebungen mit Rußland. Das rote Kreuz in Gent hat einen Appell an die Menschheit erlassen. (Zuruf: Zur Sache!) Also kann die Öffentlichkeit auch von dieser Stelle nicht darüber unterrichtet werden. Wer sind die Kuhnzieher des deutschen Friedens? Die Reichen. Die Armen zahlen den Reichen. (Lärm rechts — Rufe des Vizepräsidenten.) Bald darauf wird der Redner zum zweitenmal zur Sache gerufen. Er verlangt, dem Grafen Westarp erwidern zu können und will bei anderer Gelegenheit auf die Entstehungsgeschichte des Krieges zurückkommen. (Zuruf: In einer persönlichen Bemerkung. — Weiterkeit.) Es liegen im Westen schon Friedensangebote vor, die mindestens zur Grundlage genommen werden könnten. Dieser Frieden im Osten soll es ermöglichen, dem Westen den Nachfrieden aufzuzwingen. Durch die große Offensive, von der man seit Monaten spricht, und der alles, was menschlich fühlt, nur mit Grauen entgegensteht. (Sehr wahr!)

Bei einer neuen Mahnung zur Sache fordert der Redner gleich den Vordröner über den allgemeinen Frieden sprechen zu können. Er fährt fort: Sie wollen nicht menschlich-freundlich verhandeln, sondern nach der einzigen Methode des preussischen Militärs zu marschieren, indem man auf den Tisch geschlagen wird. Sie mögen noch so viel Schühengräben aufwerfen, der Funken der russischen Revolution wird doch darüber springen. Ich segne den Tag, da die Völker ihre Geschicke gegen die Fürsten, gegen die Staatsmänner selbst in die Hand nehmen werden. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz. — Großer Lärm rechts, Zuruf: Landesvater!)

Abg. Dr. Strefemann (natl.) polemisiert gegen den Abg. Stuchel, den er einen Richter des Hasses nennt. (Große Unruhe bei den Polen.) Die Behauptung des Abg. Cohn, die ethnischen Hilferufe seien in Berlin gemacht, ist eine unerhörte Insinuation, die am besten widerlegt wird dadurch, daß jetzt ethnische Regimenter mit den deutschen Kämpfern gegen ihre Unterdrücker. Aus der Rede des Abg. Cohn lang nur heraus das hässliche überstehende Gerächeln alles Deutschen. (Sehr wahr!) Kein Wort reden Sie von den deutschen Opfern francoenglischer Gasangriffe und Fliegerbomben, aber wenn wir die letzte Kraft zusammenfassen, um den so oft angebotenen Frieden zu erkämpfen, da schmähen Sie, verlängern dadurch den Krieg und liefern unseren Feinden Material für ihre Verleumdungen. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stuchel (Pol.): Ich habe hier für mein schweres drückendes Vaterland gesprochen. (Vizepräsident Paasche: Sie sprechen hier als deutscher Reichstagsabgeordneter.) Sachlich werden wir beim Glat antworten. (Zuruf bei den Polen.)

Der Friedensvertrag wird hierauf angenommen. Beide Verträge darauf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Polen und Unabhängigen Sozialdemokraten.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Rechnungssachen, keine Vorlagen.)

Schlus: 8 1/2 Uhr.

## Zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten

Von Rudolf Bissell.

Wie ein drohendes Gespenst stieg kurz nach Kriegsausbruch die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schädigung des Volkskörpers durch ein Steigen der Geschlechtskrankheiten herauf. Wieder hatte sich bestätigt, was die Erfahrungen der Geschichte dartun, daß mit allen Kriegen eine außerordentliche Zunahme des anstehenden Geschlechtsverkehrs und damit der venerischen Krankheiten einhergeht, und daß die Zunahme nicht nur die Truppen, sondern auch die kriegsführenden Nationen selber betrifft. Im Kriege 1870/71 wurden im Jahre 33 538 venerisch Kranke gezählt, das ist mehr wie die Stärke eines Armeekorps.

Die große Gefahr der Geschlechtskrankheiten besteht darin, daß sie im akuten Stadium vielfach nicht sehr erhebliche Beschwerden machen und die Fortsetzung der gewohnten Berufstätigkeit gestatten, daß sie aber zu schlimmen Nachkrankheiten der inneren Organe, besonders des Herzens und des Nerven-systems führen können. Solche Nachkrankheiten müssen nicht eintreten, und bei einer gründlichen Ausheilung des Leidens sind sie auch kaum zu befürchten. Diese gründliche Ausheilung unterbleibt jedoch leider häufig, weil die Ungehörigkeit vielfach keine Ahnung von ihrem wahren Zustand haben. So tragen sie die Krankheit nicht nur in weitere Kreise, sondern schaffen auch den Boden für die Entstehung der Nachkrankheiten.

Schon für die Zeit vor dem Kriege meinte Prof. Anton in Halle, daß nach den Schätzungen Sachverständiger von den Männern, die über 30 Jahre alt in die Ehe treten, jeder zweite an Gonorrhöe und jeder vierte bis fünfte eine Syphilis habe. 350 000 Ehen bleiben in Deutschland infolge Geschlechtskrankheiten kinderlos; mindestens 100 000 Kinder werden jährlich aus dieser Ursache weniger geboren, fast ebensoviel sterben frühzeitig.

Um ein überaus ernstes Problem handelt es sich. Ich habe schon im Mai 1915 im „Vorwärts“ gefordert, daß man die Träger der Invalidenversicherung mit zu Trägern einer Fürsorge für Geschlechtskranke machen müsse. Das ist inzwischen geschehen. Der Anregung des Präsidenten des Reichsversicherungsamts ist es zu danken, wenn die Landesversicherungsanstalten sich der Fürsorge für Geschlechtskranke widmen und überall Beratungsstellen für solche errichtet haben.

Im höchsten Maße bedauerlich bleibt es, daß die Wirksamkeit der Hilfe durch die Träger der Invalidenversicherung für die im Seeresdienst als geschlechtskrank Befundenen um deswillen so gering bleibt, weil die Benennung dieser Erkrankten an die Landesversicherungsanstalt von ihrer eigenen Zustimmung abhängt. Die wird leider aus menschlich ja erklärlichen Gründen verweigert. Daß damit die dauernde Ueberwachung eines Erkrankten sehr erschwert wird und eigentlich nur von seiner eigenen Einsicht abhängt, ist beklagenswert. Der „Vorwärts“ hat sich in seinen vielfachen Erörterungen der uns hier interessierenden Frage auf den Standpunkt gestellt, daß die auf die im Strafgesetzbuch ausgesprochene ärztliche Schweigepflicht gestützten Bedenken gegen eine allgemeine Meldung der Erkrankten nicht stichhaltig seien. Was namenloses Elend zu mildern geeignet sei, sei nicht unbefugt. Trotzdem hat die Seeresverwaltung ihre Bedenken nicht fallen lassen. So ist es denn bei der Meldung nur der geschlechtskrank Erkrankten an die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalten verblieben, die die Zustimmung hierzu gegeben haben.

Im übrigen stehen die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalten nicht nur den leidenden Kriegsteilnehmern offen, sondern allen Streifen. Gleiches trifft auch zu für die zur Hebung der auf diesem Gebiete vorhandenen großen Not von einer Reihe von Städten geschaffenen städtischen Fürsorgestellen für Geschlechtskranke, wie sie z. B. Charlottenburg im Herbst 1915 einrichtete.

Mehrfach ist auch durch Verordnung der Generalkommandos die Behandlung von Geschlechtskrankheiten und Frauengleiden durch Kurpfuscher unterlagert worden.

Daß der Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik diesen Fragen ein gewisses und reges Interesse entgegenbrachte, ist bei den ihm obliegenden Aufgaben ja selbstverständlich. Ein Teil seiner Vorschläge hat nun seinen Niederschlag gefunden in dem einen der beiden dem Reichstage jetzt zugegangenen Gesekentwürfe, der sein Ziel auf den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten richtet. Er bedroht den geschlechtlichen Verkehr einer Person, die weiß oder wissen muß, daß sie geschlechtskrank ist, mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und verbietet die Behandlung solcher Leiden durch Kurpfuscher, wobei die Uebertretung durch Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 10 000 M. bedroht ist. Weiter wird verboten, Mittel, Gegenstände oder Verfahren zur Heilung oder Aenderung von Geschlechtskrankheiten öffentlich, wenn auch in verschleielter Form, anzukündigen, anzupreisen oder auszustellen. Eine Reihe weiterer Vorschriften sucht die aus der Prostitution erwachsenen Ansteckungsgefahren zu treffen. Schließlich auch wird versucht, der beim Stillen der Kinder möglichen Ansteckung entgegenzuwirken.

Es handelt sich hier um das erste Reichsgesetz, welches der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dienen soll. Deutschland beschreitet damit keine ganz neuen Wege, denn England hat im vergangenen Jahre ein Gesetz ähnlichen Inhalts — wie die „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“ vom 1. Juli 1917 berichtete — herausgebracht. So wenig es möglich ist, die Konsequenzen der vorgezeichneten Bestimmungen schon heute voll zu übersehen, so sehr muß doch gesagt werden, daß das Gesetz den in der Literatur erhobenen Forderungen nicht voll entspricht. Es sieht nicht die sanitären Stellen vor, welche sich der dauernden Ueberwachung der als geschlechtlich erkrankt Gemeldeten widmen könnten. Bisher ist stets der Einwand gekommen, daß eine den Ärzten auszuverlegenden Meldepflicht bei Geschlechtskrankheiten zur Folge haben werde, daß die Kranken in die Hand von Kurpfuschern fallen würden. Das vorgezeichnete Verbot der Behandlung der fraglichen Leiden durch diese entzieht diesem ja nicht unbegründeten Einwand den Boden, indem er seine Voraussetzungen beseitigt. Deshalb der Gesekentwurf nicht die Schlussfolgerungen hiervon zog, wird der Beratung des Entwurfs vorbehalten werden müssen. Jedenfalls handelt es sich um eine äußerst wichtige gesekgeberische Maßnahme, die hier für Deutschland zum erstenmal in Angriff genommen ist.

## Groß-Berlin

Von der Massenpeisung.

Man schreibt uns: Vor seit 1 1/2 Jahren täglich die Feinden und Leiden der Berliner Massenpeisung durchgeföhrt hat, dessen Ansprüche sind allmählich auf ein Minimum herabgesunken. Wie beziehen unser Essen aus der Küche Bukower Straße seit Wochen derselben. In der letzten Woche ließ nun das Essen nicht weniger als alles zu wünschen übrig. Am Dienstag gab es reichlich Sand mit Dörremüße. Das scheint nicht alle geworden zu sein, denn am Mittwoch erlöschten der Rest davon mit vereinzelt neu hinzugefügten Nudeln. Am Donnerstag standen Fischartoffeln auf der Speisekarte. Den Grüßen nach mochte dies wohl stimmen, Fisch habe ich nicht entdecken können. Der Freitag brachte Sago mit Kartoffeln und Nudeln und der Sonnabend Kohlrüben. Von all diesen Gerichten waren die Kohlrüben noch am besten. Alle Speisen haben den großen Fehler, daß sie zu wenig gewürzt sind. Vor nun vergangene Woche der Sand hart und das Dörremüße schön weich, so war zur Abschließung diese Woche das Dörremüße extra hart und berart ungesund, daß einem der Appetit schon vom Ansehen berging. Als Streckungsmittel trank diesmal an die Stelle des Sandes Kornähren, Strohhalm, ein bis drei Zentimeter lange Holzstäbchen und dergleichen schöne, aber leider ungenießbare Sachen. Was man unter allen Umständen verlangen kann, ist Sauberkeit bei der Herstellung.

Andere Klagen geben uns über die Ausgabestelle in der Esplanadestraße 18 zu. Diese servierte ihren Kunden am letzten Donnerstag einen „Koffel“, der zum größten Teil aus fein geschmitteten Wäldern irgendeiner Natur bestand haben soll, unappetitlich anzusehen und selbst für die wenig verwöhnten Stammgäste nicht zu genießen. Dasselbe Gericht soll dort gelegentlich auch als Pflaumen am Sonntag erscheinen.

### Nachmalis die Haltestelle am Gewerkschaftshaus.

Man schreibt uns: Die für die Verlegung und Einziehung von Haltestellen der Großen Berliner Straßenbahn maßgebende Stelle hat die Notiz in Nr. 28 des „Vorwärts“ offenbar nicht gelesen, sonst würde sie wohl dem am Schlusse der Zeilen ausgesprochenen Wunsch Rechnung getragen haben.

Ich habe nun die Strecke von der Haltestelle Waldemarstraße bis zur Eidenstraße ausgegemessen. Es sind genau 630 Meter. Die Haltestelle Reichsstraße ist aber reichlich 400 Meter von der Waldemarstraße und 200 Meter von der Eidenstraße entfernt. Man ist also bei der Aufhebung der Haltestelle Adalbertstraße schematisch vorgegangen und hat einfach die Haltestelle Reichsstraße befallen. Bei Aufhebung der Haltestelle Adalbertstraße ist gerechter verfahren worden, indem gleich hinter der Brücke eine neue Haltestelle eingerichtet wurde unter der Aufhebung der Haltestelle an der Dieffenbachstraße.

Au der Adalbertstraße könnte die Regelung ebenso vor sich gehen, wenn man kurz hinter der Brücke (unter Wegfall der Haltestelle Reichsstraße), zwischen Adalbertstr. 24 bis 25 und gegenüber eine solche errichten würde. Wir wollen hoffen, daß die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn sich nach eigener Prüfung nunmehr veranlaßt sieht, diesem allgemeinen Wunsch Gehör zu schenken.

### Mit dem Warenlager unterm Arm.

„Frau — schau, wem!“ ist Grundlay des pilchsteifigen Polizisten. Mißtrauen gegen jedermann scheint ihm besonders in dieser Kriegszeit geboten, die eine ungeahnte Mehrung der Diebstähle und Einbrüche gebracht hat. Wer bei Nacht einen schmerzlichen Boden durch dunkle Straßen schleppt, darf sich kaum wundern, wenn er das „Auge des Geistes“ auf sich lenkt und zu einem Gang nach der Polizeiwache eingeladen wird. Daß aber sogar am besten Morgen der Transport von zwei mächtig großen Paketen den Verdacht der Polizei erregt, läßt schon auf ein höheres Maß von Mißtrauen und Wachsamkeit schließen. Eine Grobe solchen Spürsinns lieferte dieser Tage in Schöneberg ein Schutzmann, der früh um 7 1/2 einen Mann mit zwei Paketen an einer Straßenbahnhaltestelle warten sah. Der Gedanke durchsuchte ihn, daß mit der Besinnung des ihm verdächtigen Mannes vielleicht ein „guter Griff“ zu machen sei. In einem Ton, der keinen Widerspruch duldet, befahl er: „Kommen Sie mal mit zur Wache!“ Der Ueberraschte beklagte sich, die Wächter sah nach dem Inhalt der Pakete forschenden Schutzmannes zu herbeiziehen: „Da habe ich Zigaretten drin.“ „Kommen Sie mit!“ wiederholte der Beamte, und drohend fügte er hinzu: „Machen Sie keinen Fluchversuch, oder ich gebrauche die Waffe!“ Kein, der Mann verjügte nicht, zu fliehen, sondern er ging ruhig mit zur Wache. Es stimmte: in den Paketen hatte er Zigaretten. Ueber ihre Herkunft gab er eine Darstellung, die der

ihm vernehmende Polizeibeamte mit ungläubigem Lächeln anhöre. Der Verdächtige erwiderte, er sei Angestellter einer Tabakfirma und habe eine ihrer Verkaufsstellen zu leiten. Aus Furcht vor Einbruchdiebstahl habe der Firmeneinhaber ihn angewiesen, an jedem Abend das ganze Warenlager der Filiale mit nach Hause zu nehmen und es jedesmal am anderen Morgen nach dem Verkaufsort zurückzubringen. Diese Verpflichtung sei allen Filialleitern der Firma auferlegt und von ihnen durch Unterschrift anerkannt worden, so daß sie bei Nichterfüllung haftbar für etwaige Verluste wären. Er selber habe, als der Schuttmann ihn festhielt, gerade von seiner Wohnung mit den über Nacht zu Hause verpackten Zigaretten nach seiner in einem anderen Vorort gelegenen Filiale fahren wollen. Klug das nicht wie ein blump erkundenes Märchen? Als die Polizei pflichtgemäß bei dem Firmeneinhaber durch Fernsprecher anfragte, kam prompt die Bestätigung, daß alles seine Richtigkeit hatte. Ja, es stimmte, daß der Verdächtige einer von den Filialleitern war und daß er nach Vorchrift die das Warenlager seiner Filiale darstellenden Zigaretten über Nacht mit nach Hause genommen hatte. Auf dem Polizeibureau gab es jetzt verdächtige Gesichter — und das Opfer polizeilichen Festgriffes durfte sich mit dem Warenlager davontragen. Wir wollen hoffen, daß der pfiffige Einfall jenes Firmeneinhabers nicht Nachahmung findet. Das könnte sehr unangenehm werden, wenn z. B. große Warenhäuser allabendlich ihre Waren den Angestellten zur diebstahlsicheren Aufbewahrung mit nach Hause gäben. Eine schwere Bürde wäre's nicht nur für die als Nachträger benutzten Angestellten, sondern auch für — überreizte Polizisten.

### Zur Kaffee-Ertrag-Anmeldung.

Der Bestellabschnitt 9 der neuen Kaffee-Ertrag-Karte muß in Berlin und den Vororten spätestens morgen abgegeben werden. Die Karte auf Abschnitt 9 wird vom 20. März ab erhältlich sein.

### Raubmord im Schennenviertel.

In Hause Mulastraße 34 im ersten Stock des Quergebäudes wurde Donnerstagsabend die Händlerin Frau Anna Ackermann geb. Bawlewska von ihrem 23 Jahre alten Sohne Artur unter dem Tische ermordet und beraubt aufgefunden. Frau Ackermann, die von ihrem Manne getrennt lebte, wohnte mit ihrem Sohne und einem Schlafburden zusammen. Sie war sehr rührig in ihrem Geschäft sowohl wie in der häuslichen Wirtschaft. Mit einem Kasten, der Damen- und Herrenwäsche barg, besuchte sie besonders die Markthallen. Nach Schluß der Hallen pflegte sie nach Hause zu gehen, um die Wirtschaft zu besorgen. Frau Ackermann hatte das eine der beiden Zimmer ihrer Wohnung für sich und hielt es stets verschlossen, weil es ihre Ware und ihr Geld barg. Auch der Sohn hatte seinen Zutritt. Dieser benutzte mit dem Schlafburden das andere Zimmer. Der Sohn war in der letzten Zeit tränklich und zu Hause gewesen. Am Mittwoch trat er in der Kaiser-Wilhelm-Straße wieder seine Arbeit an. Die Mutter wollte ihm etwas Gutes zum Essen zurecht machen und für den Tag nicht ausgehen. Um so mehr wunderte er sich, daß er, als er mittags von der Arbeit kam, zwar das Essen fertig, aber die Mutter nicht zu Hause fand. Als er in der Küche einen Koffer aus der Schublade holte, sah er dort die Wohnungsschlüssel und den Schlüssel zum Zimmer der Mutter liegen, und gab sie, als er wieder zur Arbeit ging, bei einem Schantwirt in der Nachbarschaft ab. Bei seiner Rückkehr abends war die Mutter noch nicht da. Er nahm die Schlüssel wieder an sich, gab sie Donnerstags morgen abermals ab und ging mit dem Gedanken, die Mutter werde wohl zu einer Geburtstagsfeier gegangen sein, wieder nach seiner Arbeitsstelle. Erst abends schloß er mit dem Schlafburden das Zimmer der Mutter auf und fand nun unter dem Bett die Mutter ermordet liegen. Die polizeilichen Feststellungen ergaben, daß der Frau mit einem kantigen Werkzeuge mehrere Hiebe über die Stirn verfehrt worden sind. Sie haben wahrscheinlich die Schädelbede zertrümmert. Der Wiedererschlagene, der das Auge ausgefahren ist, brachte der Täter drei hadarunge tiefe Halswunden bei. Er rief ihr dann auf der Brust das Kleid auf und raubte ihr eine Brieftasche, in der sie stets eine erhebliche Summe unter dem Korsett zu tragen pflegte, steckte das Geld ein, warf die leere Tasche weg, schob die Leiche unter das Bett und ging unbemerkt davon. Bei dem Befreiten der Leiche, vielleicht auch im Kampf mit seinem Opfer hat sich der Mörder ohne Zweifel irgendwie behudelt. Die Tat ist schon am Mittwoch vor mittag ausgeführt worden. Wie viel Geld dem Mörder in die Hände gefallen ist, läßt sich noch nicht sagen. Die Ermordete trug oft bis zu 1000 M. bei sich.

Dazu werden in später Stunde noch folgende Einzelheiten gemeldet: In dem Bett der Ermordeten lag ein Militärmantel. In der Wohnung fand man auch ein Seitengewehr, außerdem aber auch einen Schraubder, der über und über mit Blut besudelt war. Mit diesem Schraubder hat der Mörder wahrscheinlich die Schläge auf den Vorderkopf seines Opfers ausgeführt. Die anderen Verletzungen können sehr wohl mit einem Seitengewehr beigebracht worden sein. In einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten heißt es: Frau A. werde sich über den Erwerb ihrer Waren wohl nicht immer Gedanken gemacht haben. Dahin gehört wohl auch ein Geschäft vom letzten Sonntag. Frau Ackermann wurde an jenem Tage von einer Frau nach der Reibelsstraße gerufen und traf dort mehrere Soldaten an, die ihr Wäsche, Bettwäsche, Stoffe und Stoffabfälle zum Kauf anboten. Alles das war höchstwahrscheinlich gestohlen. Frau Ackermann kaufte die Wäsche und Bettwäsche, lehnte dagegen die Stoffe und Abfälle ab. Sie bezahlte sofort und zog zu dem Zweck aus ihre Brieftasche aus dem Rod hervor. Beim Abschluß dieses Geschäftes wurde davon gesprochen, daß die Soldaten auch Seife und derartige Dinge liefern könnten. Frau Ackermann erhielt, wie sie später sagte, von diesem Besuch einen unheimlichen Eindruck und daß die Frau, den Soldaten, wenn sie wieder kämen, nicht ihre Wohnung mitzuteilen. Es ist möglich, daß diese heimlichen Händler dennoch ihre Adresse erfahren haben.

Die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei führten gestern spät abends dahin, daß der Sohn Artur der Ermordeten unter dem Verdacht der Täterschaft vorläufig in Gewahrsam genommen wurde. Viele Zeugen bekunden übereinstimmend, daß Artur Ackermann zu seiner Mutter in keinem guten Verhältnis stand. Er ist ein Gelegenheitsarbeiter, der jedoch die Arbeit scheut, ständig seiner Mutter auf der Tasche lag und im wesentlichen von dem lebte, was sie ihm gab oder was er ihr jahrl. Frau Ackermann hat mehr als einmal gedauert, wenn ihr mal einmal etwas zufließen sollte, dann sei ihr Sohn Artur der Täter. Dieser verwidelte sich im Laufe der Vernehmungen auch wiederholt in Widersprüche, die ihn jedenfalls verdächtig erscheinen lassen. Er wurde deshalb im Polizeipräsidium vorläufig in Gewahrsam gehalten, bis alles weitere aufgeklärt ist. Die Wohnung wurde geschlossen. Artur Ackermann wurde zu Anhang des Krieges eingezogen und stand ein halbes Jahr lang im Heeresdienste. Er wurde ausgebildet und auch ins Feld geschickt, kam dann aber ins Lazarett und wurde entlassen. Er leidet zuweilen an epileptischen Anfällen und ist früher auch schon einmal in einer Irrenheilanstalt gewesen.

**Reußlän. Lebensmittel.** In der nächsten Woche werden verteilt: 1 1/2 Pfd. Narmelade auf Abschnitt 6 und 7 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Reußlän. Nächst auf die vielfach vorgebrachten Anträge auf Ertrag der vorzeitig verbrauchten Vorratsartikeln wird darauf hingewiesen, daß ein Ertrag für diese Mengen grundsätzlich nicht gewährt werden kann. Die Verabfolgung wird daher gebeten, von derartigen nutzlosen Anträgen abzusehen.

In den hiesigen Fischhällen und den Fisch- und Räucherwarengeschäften gelangt Klippfisch zum Preise von 3 M. und gesalzene Stinte zum Preise von 1.05 M. je Pfd. zum Verkauf. Deringe werden sofort nach Eintreffen auf die einzelnen Geschäfte verteilt. Der Verkauf auf Abschnitt 92 der Warenbezugsliste wird fortgesetzt. Auf Abschnitt 93 entfällt ein Ei.

**Schöneberg. Kommunale Ubergangswirtschaft.** Der Stadtverordnetenaußschuß dem der Antrag auf Maßnahmen für die Ubergangswirtschaft zur Vorberatung überwiesen worden war, hat in mehreren Sitzungen die Frage eingehend erörtert und insbesondere die Möglichkeit einer weiteren Betätigung der Stadt auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung behandelt. Auf Grund von Vorschlägen des Stadtv. Rabel wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, auf dem Gebiet der Lebens- und Genussmittel die im Frieden bereits geschaffenen Einrichtungen für die Versorgung der Bürgererschaft, insbesondere die Seefischhalle, baldmöglichst weiter auszubauen; zu erwägen, und so bald als möglich bestimmte Vorkäufe zu machen, welche anderen Zweige der Versorgung mit Lebens- und Genussmitteln zweckmäßig von der Stadtgemeinde übernommen werden können, um durch unmittelbaren Bezug die Versorgung und Ernährung der Bürgererschaft ausreichend und möglichst wohlfeil zu gestalten. Im Ausschuß wurde betont, daß im allgemeinen nur der Großhandel geplant sei. Keinesfalls sei die Auffassung des Kleinhandels beabsichtigt.

**Lebensmittel.** In Schöneberg findet Voranmeldung statt bis zum 29. Februar für je 1/2 Pfund, also im ganzen ein Pfund Narmelade auf Abschnitt 5 und 6 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und bis zum 24. Februar für 1/2 Pfund Kaffee-Ertrag auf Abschnitt 9 der Kaffee-Ertrag-Karte.

Ausgegeben werden in der nächsten Woche 100 Gramm Leigwaren auf Abschnitt 8 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 1 Brieschen Schlotz auf Abschnitt 95 der Schöneberger Rührmittelkarte; in den durch Anschlag kenntlich gemachten Geschäften ist Ribisenerkraut ohne Marken erhältlich. Ferner findet eine Verteilung der Fettreste Groß-Berlin nach Maßgabe der Ausschänge in den betreffenden Geschäften für eingetragene Kunden statt. Bis zum 2. März ist eine Neueintragung in die Eier-Kundenliste zu bewirken.

**Banken. Aus der Gemeindevertretung.** Nachdem die vor kurzem erfolgte Wahl der bürgerlichen Vertreter Stadtdirektor Stedel und des vom weiland Reichsverband gegen die Sozialdemokratie her bekannten Kaufmanns Derbert Schmidt durch die Vertretung für gültig erklärt worden, erfolgte die Einführung derselben durch den Bürgermeister. — Nach Ausschreiben aus dem Fleischgewerbeverband Weihensee hat Bankow für seine Fleischversorgung selbst Sorge zu tragen und beabsichtigt die Errichtung einer eigenen Wurstfabrik auf dem Grundstück des offenen Wasserwerkes, welche mit dem 1. März den Betrieb aufnehmen soll. Das Projekt erfordert einen Kostenaufwand von 27 000 M., welche einstimmig bewilligt wurden. Ferner stimmte die Vertretung der Bildung einer besonderen Fleischversorgungskommission zu, in die u. a. auch Genosse Wagnmann gewählt wurde. — Infolge der Verteuerung aller Materialien, Arbeitskräfte usw. hat sich eine Aenderung des Gebührentarifes der hiesigen Friedhöfe nötig gemacht, der debattelos zugestimmt wurde. — Die Kanalgebühren für das Rechnungsjahr 1918 wurden von bisher 2 1/2 auf 3 Proz. des Gebäudeverwertungspreises festgesetzt. — An Rücksicht auf den herrschenden Wohnungsmangel wurde der Errichtung eines Gemeindefamilienwohnhauses zwecks Vermehrung von Arbeiterwohnungen angeordnet, wobei die Mündliche Ausführung werden kostenlos erteilt werden, während für schriftlichen Verkehr eine Gebühr von je 25 Pf. zur Erhebung gelangen soll. Für die Errichtung und erste Zeit des Betriebes wurden zunächst 500 M. bewilligt. — Um der herrschenden Stoffknappheit zu begegnen, stimmte die Vertretung dem Vorschlag des Gemeindevorstandes und der Brennholzkommission zu, im Rahmen der Kriegswohlfahrtspflege an die in minderbemittelte Bevölkerung das von der Gemeinde beschaffte Brennholz gegen den regulären Preis um 3 M. pro Zentner billiger abzugeben. — Eine Vorlage, welche die Abänderung der bestehenden Luftfahrzeugsteuerordnung bezweckt, wurde zur nochmaligen Durchprüfung an die Finanzkommission zurückverwiesen, zu deren Beratung als Vertreter der Interessentengruppe Genosse Wagnmann und der bürgerliche Vertreter Rohrbach hinzugezogen werden sollen.

**Friedrichshagen. Lebensmittel.** Bis Montag, den 25. Februar, gelangen auf Abschnitt 74 der Lebensmittelkarte je 125 Gramm Leigwaren zum Preise von 15 Pf. zur Verteilung. — Bis zum 24. Februar muß gegen Vorlegung des Bestellabschnitts 9 der Kaffee-Ertragkarte die Anmeldung beim Kleinbändler erfolgen. Voraussichtlich wird vom 15. März ab Kaffee-Ertrag ausgegeben.

**Verkehrsänderung für nächsten Winter.** Anmeldungen nimmt die Kohlenstelle, Friedrichstraße 97, entgegen. Es kommen Klassen I. und II. Klasse sowie Knäppelholz in Frage. Die Preise können erst später bekanntgegeben werden.

**Rosowes. Gemeindeverordnetenwahlen.** Die Wahlen für die 3. Abteilung finden Sonntag, den 10. März, von 11—1 Uhr statt, und zwar in nachstehenden Schullokale: 1. Bezirk: Gemeindefamilien in der Priesterstraße, 2. Bezirk: Fortbildungsschule in der Mittelstraße, 3. Bezirk: Gemeindefamilien in der Schulstraße, 4. Bezirk: Gemeindefamilien in der Schwarnhorststraße. Im 1., 3. und 4. Wahlbezirk sind Ergänzungswahlen auf die Dauer von 5 Jahren vorzunehmen, und zwar sind zu wählen: im 1. Bezirk ein Gemeindevorstand, der Angesehener sein muß, und im 3. und 4. Bezirk dagegen je ein Gemeindevorstand, die beide Richtangesehene sein können. Bei der Ergänzungswahl im 2. Bezirk ist ein Gemeindevorstand zu wählen, der Angesehener sein muß. — Unser Bezirksverein wird sich mit den Wahlen in seiner Mitteilung, den 27. d. M., im Singsachen Lokal stattfindenden Mitgliederversammlung beschäftigen und seine Kandidaten für die 3. Abteilung festlegen. Leider wird die Wahl dadurch erheblich erschwert, daß sie nach Beschluß der Gemeindevertretung auf Grundlage der bereits im Jahre 1914 aufgestellten Wählerliste stattfinden muß.

**Lebensmittel.** Es werden ausgegeben: Auf Abschnitt 11 der Lebensmittelkarte 150 Gramm Weizengrieß und auf Abschnitt 2 für Jugendliche 100 Gramm, auf Abschnitt 12 150 Gramm Leigwaren und auf Abschnitt 3 für Jugendliche 100 Gramm, auf Abschnitt 18 100 Gramm Sirup. Die Karte ist gegen Abgabe der vom Kleinbändler ausgestellten Weicheimigung bis Dienstag, den 26. d. M. in Empfang zu nehmen.

Bis Montag, den 25. d. M., findet auf Abschnitt 10 der Eierkarte der Verkauf von Kalckern statt. Auf die Person entfällt ein Ei zum Preise von 48 Pf.

Die bestellten Petroleum-Kriegs-Sparlampen können heute im Rathaus, Zimmer 8/9, in Empfang genommen werden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Bezirksorganisation Groß-Berlin.

In verschiedenen Fabriken wird erzählt, die Berliner Parteiorganisation hätte gemeinsam mit anderen Depositionen oder Kommissionen eine Disziplin für die Opfer des Streiks eingeleitet.

Das trifft jedoch nicht zu; auch in dieser Angelegenheit gehen die bestehenden Organisationen getrennt vor.

**Niederschönhausen.** Alle Genossinnen und Genossen werden dringend gebeten, sich an der morgen stattfindenden Flugblattverbreitung für den Landbezirk unbedingt zu beteiligen. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Joh. Greth, Niederschönhausen, Wisnardsstraße 37.

**Waidmannslust.** Morgen nachmittag 4 Uhr findet für die Orte Birkenwerder und Worgsdorf eine öffentliche Wählerversammlung im Restaurant Wodensee am Bahnhofs Birkenwerder statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Reichstagskandidat Arbeitersekretär Rudolf Wissell. Freie Aussprache.

## Gerichtszeitung.

Ein schwerer Kaufmannsfall, bei dem die Verbrecher mit Schnupftabak und Revolver arbeiteten, führte den Schlosser Willi Körner sowie die beiden Arbeiter Joseph Krzhanowski und Stanislaus Kubachynski vor das außerordentliche Kriegsgericht. Die Seele der mit großer Dreistigkeit ausgeführten Tat war Krzhanowski, der gleich dem letzten Angeklagten ein Russisch-Pole ist und schon seit etwa 1910 in Deutschland lebt. Diese beiden, die nebenbei bemerkt auch unter dem Verdacht, die Täter des Vornachener Mordes zu sein, in Untersuchungshaft sich befinden, hatten sich mit einem fabriksmäßigen Soldaten Schlei zusammen verabredet, den Geflügelhändler Wegner in Lichtenberg zu überfallen und zu berauben, da sie annahmen, daß er viel Geld im Hause haben würde. Unter dem Vorwande, Gänge holen zu wollen, schlepten sie noch als dritter im Bunde den wenig über 18 Jahre alten Angeklagten Körner mit. Am 7. September v. J. begaben sich dann alle vier zu dem vorkammerlich gelegenen Grundstück des Wegner und während Körner auf dem Hofe Schmiege stand, ging Kubachynski zunächst allein in das im Keller gelegene Kontor, in dem Wegner allein am Schreibtisch saß. Der Pole fragte nun zuerst, ob er ein bis zwei Gänge kaufen könnte, und als Wegner dies gerade verneint hatte, kamen plötzlich die beiden anderen herein, die im Laufe des Gesprächs dann dicht an den Schreibtisch herantraten. Wöllig ohne Kubachynski kurz zuvor dazu befragten Schnupftabak aus der Tasche und streute ihn dem Opfer in die Augen. Dann gab er das Kommando „los“ und nun schickten sich alle drei auf Wegner. Dieser wehrte sich aus Leibeskräften, es gelang den Verbrechern aber doch, ihn zu Boden zu werfen und nun rief der Anführer wieder: „Stride her und ihn binden“. Obwohl auch Stride bereitgehalten wurde, gelang es aber nicht, da es Wegner durch Weihen usw. glückte, wieder hochzukommen, er auch anderweitig um Hilfe rief und seine Richte hinzulam. Jetzt hielten es die drei für geraten, zu verschwinden. Der Leberfallene konnte auf dem Hof noch einen von ihnen festhalten, mußte aber aus diesen schließlich loslassen, da ein Komplize zurückkam und den Revolver auf Wegner anlegte. Dieser fiel dann in Ohnmacht. Die Angeklagten waren im großen und ganzen gesändig und wollten sich stark betrunken geben sein. Der Vertreter der Anklage beantragte mit Rücksicht auf die von Tag zu Tag größer werdende Unsicherheit in Groß-Berlin gegen Krzhanowski sechs Jahre Zuchthaus, gegen Kubachynski fünf Jahre und gegen Körner drei Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte Körner wegen schweren Diebstahls zu zwei Jahren Gefängnis. Die beiden anderen erhielten fünf beziehungsweise drei Jahre Zuchthaus sowie je fünf Jahre Exzess.

## Briefkasten der Redaktion.

**C. S. 100.** Ihre Frau muß einen Antrag auf Unterhalt stellen. Wahrscheinlich wird sie ihn vorlegen, da sich in den Verhältnissen nach Eingetragung der Ehe nichts geändert hat. — **C. S. 125.** 1. Teuerungszulagen gebühren zum steuerpflichtigen Einkommen. 2. Ein beiderseitiger Konsult können nur dann nicht empfangen. Die Handelsgerichte haben jetzt solche Fälle. — **1000. C. S. 200.** Ein solches Urteil mußte durch die Firma beim Oberreichsgericht in Berlin eingereicht werden. — **P. S. 50.** Die Forderung war 1916 verjährte; die Verjährungsfrist sind aber während der Kriegszeit von Jahr zu Jahr verlängert. — **K. S. 100.** Ein solcher Antrag muß beim zuständigen Amtsgericht gestellt werden. — **C. S. 1.** Das Verfahren ist durch den Anmerker nicht aufgehoben; es wird jetzt dem Kriegsgericht überwiesen. — **Scheidung.** 1. Ja, wenn aber Ehebruch vorliegt, nicht die Person, mit der er Ehebruch getrieben hat. 2. Ja. 3. Kinder werden dem nichtschuldigen Teil zugeprochen. 4. Ja. — **H. S. 100.** 1. Eine solche Verfügung können Sie beim Amtsgericht abgeben, welches auch die Erbauseinandersetzung festzulegen hat. 2. Die Frau hat sich nicht für die vor der Ehe gemachten Schulden des Gemanannes. 3. Das müssen wir Ihnen überlassen. 4. Ja. — **Gegen. Siegel.** Wenn nach Ihrer Mitteilung bei der Schlußabrechnung ca. fünf Jahre verstrichen sind, so wird in der Sache selbst nichts mehr zu machen sein; es ist dann Verjährung eingetreten. — **Genosse K. S.** Es wird Ihnen nichts weiter übrig bleiben, als sich wiederholt hant zu melden. Sie können später höchstens Anspruch auf Rente erheben. — **H. S. 6.** Fernau. Sie müssen zunächst der Direktion der Straßenbahn den Unfall mitteilen und, wenn Sie jetzt arbeitsunfähig sind, eine Entschädigung verlangen. — **H. 100.** Natürlich sind Sie steuerpflichtig. — **C. S. 35.** Die Einnahme ist durch den Anmerker nicht gelöst. — **Constitut.** 1. Dazu müssen Sie erst die Zustimmung Ihres Vorgesetzten haben; dann können Sie einen solchen Antrag einreichen. 2. Nein. — **Absonner 100.** Wegen dieser Sache den Rechtsweg gegen den Staat zu beschreiten, würden wir nicht empfehlen, da der Ausgang sehr unsicher ist und Ihnen viel Kosten ersparen könnten. Weiter würde sich empfehlen, den Vertrag ordnungsgemäß zu kündigen. Zur frühzeitigen Kündigung dürfte jedoch kein Grund vorliegen. — **Zwei Streitende.** 1. Das kommt auf die Bestimmungen des Versicherungsvertrages an; gewöhnlich wird aber in diesem Fall an die Hinterbliebenen nichts gezahlt. 2. Nach des richtig ist nach den Bedingungen des Vertrages. — **Recht 1001.** 1. Das kann als Delikt mit Gefängnis bestraft werden bis zu einem Jahr, aber auch mit Geldstrafe bis zu 600 M. 2. Ja. 3. Bei Genehmigung der Gefängnisverwaltung. — **K. S. 10.** 1. Nach 14-jähriger Dienstzeit. 2. Nein. 3. Sie haben Anspruch auf die höchste Pension. — **Kontre 3.** 1. Wegen die Kriegsverdienstmedaille gibt es keine Reichsmittel. Da ein Gnadenbesuch erfolgt hat, ist uns sehr wohlfeil. 2. Ein solcher Anmerker hat ich wohl zu erwarten. In welchem Umfange er kommt, wissen wir nicht. — **J. T. S. 207.** Wir empfehlen Ihnen, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft des 9. Landgerichts Berlin I zu machen. — **H. S. 1858.** Anspruch auf Aufwandsentschädigung besteht nicht, da 6 Jahre aktiver Dienstzeit noch nicht nachgemessen sind. Die Dienstzeit des zweiten Sohnes gilt als nicht allis. — **H. S. 227.** Wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird, wird auch Kriegsgeldrenten Unterzählung gezahlt.

## Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz

35. bis 40. Auflagen  
Mit 19 Formulare der Einkommen und Vermögensteuern, sowie einem zweijährlichen Sachregister  
Preis 60 Pf.  
In jedem in allen  
Vorwärts-Ausgabestellen  
und in der  
Buchhandlung Vorwärts,  
Berlin S. O. 65, Lindenstraße 3

## Todes-Anzeige.

Nach kurzem Leben ent-  
schied plötzlich am 21. Fe-  
bruar, mittags 1 Uhr, unsere  
innigstgeliebte Tochter und  
Schwester

## Elsbeth

im Alter von 22 Jahren an  
Dysenterie.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Franz Selner, Emma Selner  
geb. Gähke, als Eltern,  
Erna Selner, Franz Selner,  
als Geschwister.  
Berlin-Reinickendorf,  
Schillerpromenade 45.

Die Beerdigung findet  
von der Leichenhalle des  
Reinickendorfer Kirchhofes,  
Dumboldstraße, am Son-  
tag nachmittag 3 Uhr statt.

Englischen Unterricht für  
Anfänger und Fortgeschrittene,  
sowie deutsche und französische  
Stunden erteilt G. Weisend,  
Charlottenburg, Stuttgarter-  
platz 9, Gartenhaus IV.

# Möbel

Speise-, Schlafzimmer,  
Herrenzimmer,  
kompl. Wohnungseinrichtungen,  
reizende moderne bunte Küchen  
große Auswahl  
mäßige Preise — bar — Zahlungsvereinfachung

## Neugebauer

Charlottenburg  
Wilmsdorfer Str. 128  
Ecke Schillerstr.  
I.

Direktion Max Reinhardt,  
Deutsches Theater.  
7 Uhr: Don Carlos.  
3 Uhr: Tanz-Matinée  
Lillobil Christensen, Katta  
Sterna, Ernst Matray.  
Kammerspiele.  
3 Uhr u. 7 Uhr: Kinder der Fremde.  
Volksbühne.  
Theater am Bülowplatz.  
Untergrund. Schönk. Tor.  
7 1/2 Uhr zum ersten Male:  
Hannses Himmelfahrt.

Theater Königgrätzerstr.  
7 Uhr zum ersten Male:  
Die Heiden auf Helgoland.  
Komödienhaus  
7 1/2 Uhr: Der Unbestechliche.  
Berliner Theater  
7 Uhr: Blauweisse Blut.

Theater für Sonnabend, 23. Februar.  
Central-Theater  
Kommandantenstraße 57.  
7 1/2 Uhr: Die Caesarsfürstin  
Morg. 3 U.: Der Hüttenbesitzer.

Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Der Postillon  
von Lonjumeau.  
Friedrich-Wilhelmst. Theater  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
4 Uhr: Wohlfahrts-Vorstellung.  
Die Prinzessin u. d. Schweinehirt  
Morgen 9 1/2 Uhr: Die Knechtsglein

Leutsplielhaus 7 1/2 Uhr:  
Die blonden Mädels v. Lindenhof.  
Morg. 9 1/2 Uhr: Ein toller Einfall.

Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.  
Morgen 3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus  
Schiffb. 4a. Kassent. Nd. 281  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

## Kabarett Tivoli

Bunte Vorträge  
Spielfolge vom 16.—28. Februar:  
Alois Krämer, Lisa Fassbender, Martin  
Löwe, Krämer-Wolff, Marga Scholz,  
4 Bolgaroffs, Prenz-Rudolf.

Täglich zwei Kapellen.  
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.  
Kottbuser Damm 95 Fernspr.:  
Meritzpl. 14553

Voigt-Theater.  
Badstr. 88. Badstr. 88.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
O, diese Chemänner!  
Sonntag 9 1/2 Uhr, nachm. 3 Uhr:  
Wein Eccehoib.  
Abends 7 Uhr:  
C, diese Chemänner!

Schwarzer Kater  
Friedrichstr. 165.  
Ecke Behrenstraße.  
Claire Waldoff  
Willi Prager  
Werner Goldmann  
u. das hervorragende  
Februar-Programm.

## URANIA

Nehm. 4 Uhr (halbe Preise):  
Der Siegeszug nach Venetien.  
8 Uhr:  
Die Ukraine.  
8 Uhr: Prof. Dr. Donath:  
Elektr. Entladungen in Gasen.

Reichshallen-Theater.  
Allabendlich 7 1/2, und Sonntag  
nachmittag 3 Uhr  
Stettiner Sänger  
Zum Schluß:  
Mein Weib-  
nachstrahl  
Nachmittags  
ermäßigte  
Preise!

Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr: Nante.  
Residenz-Theater  
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr: Schneider Wibbel.

Schiller-Th. Charl.  
7 1/2 Uhr: D. Käthchen v. Heilbronn.  
7 1/2 Uhr: Hoptenraths Erben.  
Schillerstr. 8 U.: Mare. Salzer.

Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.  
Theater am Nollendorplatz  
7 1/2 Uhr: Die Nibelungen  
7 Uhr:  
Von der Ostsee

Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog  
mit Guido Thielscher.  
4 Uhr: Hängel und Gretel.

Casino-Theater  
Nollendorfer Str. 97. Tägl. 7 1/2 u. 9 U.  
Wieder ein aktueller Schlager.  
Wieder Humor! Ge. Erfolg!  
Samstagsfrühe.  
Berl. Belle in 3 Akte. — Dazu  
Hock, 2 Ewe, Carry Hartwell.  
Stg. 4 U.: Schlip, schlip, hurra!

Kaffee Luitpold  
Moltzstr. 15.  
Sollsten-  
Kapelle.  
Täglich Auftreten  
des Pistenvirtuosen  
Leo  
Führmann.  
Eintritt frei.  
Speisen und Getränke  
in unerreichter Qualität.

## NATIONAL-THEATER

Cöpenicker Straße 88, fr. Deutsch-Amerik. Theater.  
Tägl. 7 1/2: Der Schläger von Berlin! 7 1/2  
Die ist richtig! in 3 Akt. v. Dr. Lippschütz.  
Text von Will. Steinberg.  
Musik von Walter Bromme.  
Sonntag 9 1/2: Studentenlieben. Operette in 3 Akt.  
Vorv. (Th.-K. Tietz) Theaterk. 10 1/2, ununterbr. geöffnet.

Walhalla-Theater.  
7 1/2 Uhr:  
Am Goldenen Horn.

Hegelmann Truppe  
Hochturnkünstler  
Herbert Röhling  
d. 14jähr. Klaviervirtuose  
Grote Flass  
rheinische Humoristin

so wie der  
erfolgreiche  
Februar-Spielplan.

Zirkus A. Schumann.  
Bhf. Friedrichstr. Ant. 7 1/2  
Nur noch kurze Zeit.  
Das große Sportprogramm  
besond. hervorzuheben  
der Araber Mulay Sayd.  
Madchura.  
3 Gaschw. Ploetz-Loretta,  
akrob. Handtänzerin,  
8 Frankois 8  
Mexiko. Gr. Ausst.-  
Pantomime.  
Sonntag 9 1/2 u. 7 1/2 Uhr.  
Kohm. Kinder halbe Preise.

Apollo  
Friedrichstr. 218. 7 1/2  
Der Flieger  
von Tsingtan.  
Sonntag 3 1/2 Uhr jeder  
Erwachs. 1 Kind frei!  
Theaterkasse ab 10 U.  
ununterbr. geöffnet.

Strümpfe für Sommer  
und Winter  
(D. D. R. G. B. u. Sort-Schn.)  
Können Sie sich selbst herstellen aus alten Kappen, Hüften und  
Reifen. Kein Drücken der Nadel, bequem an- und  
auszugießen nach dem System 181/6\*

„Uckostrumpf“  
Schmittmüllerbogen, alle Größen enthaltend, zu 95 Pf. bei:  
C.  
Dr. Gahn, Lantberg, Str. 60/68  
W.  
H. Dohse, Eismacher Str. 84.  
G. Golden-Neuendorf,  
Seydewitz Str. 3.  
G. Kubermann, Steinmetzstr. 50.  
W. Schmidt, Hohenhausstr. 15  
G. Sieder, Poststr. 16.  
G. Tendrija, Urbanstr. 101.  
Für die Provinz Redaktionsersand zu 1.10 durch Stadt-  
vertreter Käfer, Berlin W 80, Giesmader Straße 103.

## Möbel-Gross

141 Große Frankfurter Straße 141  
Möbel auf Teilzahlung  
zu billigen Preisen. Große Auswahl.  
Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt.  
Inserat mitbringen. Wert 5 Mark.  
Sonntags 12—2 geöffnet.

## Plüsch-Pelzmäntel

Sealplüsch, Glockenform, 1/2 lang 450.— 350.—  
Heldentplüsch, Glockenform 325.— 225.—  
Astrachan, ziemlich lang, sat.  
Seide 275.— 150.—  
Einzeln Plüsch-Modelle 1000.— 800.—  
1/2 lang Fohlenmäntel . . . 1000.— 750.—  
Persianer-Klasse . . . 900.— 750.—  
Seal-Electric . . . 1200.— 850.—  
Wrettschwanz Is . . . 3000.—

## Entzückende Frühjahrs-Neuheiten!

Feine Kammergarn-Kostüme . . . 450.— 350.—  
Seide-Kostüme mit Stoffbesatz . . . 375.— 225.—  
Samtkostüme . . . 425.— 350.—  
Covercoat-Windel . . . 190.— 120.—  
Seidenmantelkinder . . . 350.— 190.—  
Seide- und Stoffbesatz-Kostüme . . . 800.— 385.—

Imprägnierte Seidenmäntel — Gummimäntel!  
weite Glockenschnitte 250.— 200.— 175.— 150.—  
Großkarlierte-Gummimäntel 90.—

Winter-Ulster mit Pelzbesatz, gute Stoffe 250.— 165.—

## Westmann

Verkauft der von der Reichsbeihilfungsstelle für die Bevölkerung angefertigten  
Dienen nur für die Stadt Berlin in 3 Sorten 10, 12, 14—  
I. GeschKtt: Berlin W 8,  
Mohrenstraße 37a  
II. GeschKtt: Berlin N 9,  
Gr. Frankfurter Str. 115.  
Sonntag geöffnet 12—2 Uhr.

## Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter

Verwaltungsstelle Berlin.  
Geschäftsstelle: O 54, Wuladstr. 10. — Fernspr.: Amt Norden 4518.  
Geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 6 1/2—8 Uhr, Sonn- u. Feiertag  
den ganzen Tag u. Sonnabendnachm. v. 1 Uhr an geschlossen.  
Sonntag, den 24. Februar, nachm. 1 Uhr, im Gewerk-  
schaftshaus, Engelsufer 15, Saal 1:  
General-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1917  
und vom Jahre 1917.  
2. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung.  
3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in dieser Versammlung zu  
erscheinen.  
451  
Mitgliedsbuch oder Karte berechtigt zum Eintritt.  
Kollekt: Erhebt sich rechtzeitig, da der Saal um 5 Uhr  
geräumt werden muß.

## Brautleute!

suchen Ihren Bedarf vorteilhaft bei Uhr-  
macher und Juwelier J. Brandmann,  
Münsterstraße 26 — Telefon Norden 1192

## Die Norddeutsche Gemüsebau- Genossenschaft

bergründet ihre Plantagen  
zum Frühjahr auf das Doppelte,  
und nimmt jetzt weitere Mit-  
glieder als  
frühe Teilnehmer  
mit Auzellen zu 100 M., zu  
200 M., zu 300 M. und  
bis zu 1000 M. auf. Kriegs-  
anleihe wird zum vollen Rechen-  
wert in Zahlung genommen.  
Das Gemüse wird in unteren  
Bereitungsstellen  
an die Mitglieder billig abge-  
geben, bei völliger Ausschöpfung  
des Groß- und Klein-  
Wochenhandels. Der Ge-  
winnüberschuss wird als Divi-  
dende an die Mitglieder verteilt.  
Die alten Mitglieder sind mit  
Wintergemüse reichlich versorgt  
worden. Die jetzt neu be-  
treitenden Mitglieder sind be-  
rechtigt, schon an der ersten  
Verteilung von Frühgemüse  
teilzunehmen. — Aufnahme  
neuer Mitglieder findet statt  
im Laden Petersburgerstr. 4a:  
Montags, Mittwochs, Freitags  
9—12 und 4—7, außerdem  
Sonntag 11—1. Ferner im  
Laden Koppenburgerstr. 4:  
Dienstags, Donnerstags, Sonn-  
abends 10—4 und Sonntag  
8—10. Ferner täglich im Ver-  
waltungsbüro: Burg-  
straße 27 III, Zimmer 70  
(gegenüber Juchus Busch), 90/1\*

## Admiralspalast

7 1/2 Uhr:  
Deutsche Tänze  
von Schubert.  
Abrakadabra.

## Palast

Tägl. 7 1/2, Sonntag 9 1/2 u. 7 1/2  
Neu! Harsteins beste Posse  
Der schöne Wilhelm  
Neu! Berl. Revue-Bilder usw.  
Schluß des Harsteins-  
Gastspiels am 28. Febr.

## Trianon-Theater

7 1/2 am Bhf. Friedrichstr. 7, 8  
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.  
Der Lebensschüler  
Komödie von Ludwig Fulda.  
Ida Wüst, Erich Kaiser-Tite,  
v. Möllendorff, Flink, Kettner.  
Stg. 4 U. M. Pr.: Johannisfeuer 20

## Herren-Moden

nach Maß unter Ga-  
rantie tadelloser Sitzes.  
Gutes Stofflager vor-  
handen.  
Auch Stoff zum Anfertigen  
abnehm.

## Julius Fabian

Schneidermeister  
Gr. Frankfurter Str. 97 II  
Tel.: Amt Königstadt 3670

## Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuss,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden  
Blutuntersuch. Schnelle, sichere  
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung, 250/150  
Sprechstunde: 11—1 u. 6—8.

Erhöhen Sie Ihr  
Einkommen durch Nebenver-  
dienst, für jedermann geeignet.  
Hervor. betriebl. Viele Kriest.  
Groß. gratis d. F. Schöndorfer,  
Breslau, Range Gasse 24.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Gesundheitstheater  
Knd. Flafager, Alt-Moab. 110.8  
Charlottenburg  
Kohlschütter, Kolonw.  
Holla Gaege, Wilmersd. Str. 68. 81.8

## A. Kieper

Friedrichstr. 33  
Damen-, Kinder-Konfektion  
Spandau  
Paul Gaege Mohl und  
Kolonialw.  
Breitestr. 27, Schönowald-  
str. 12/14, Pichelsdorferstr. 11.  
Hans- und Küchengüter  
Hermann Finck  
Rosenwar., Schönwalderstr. 27.  
A. Markgraf, Wilmersd. 11. 102.  
Isgerst, Wilmersd. 11. 102.  
Ad. Tornow, Markth. 102. 102.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Fleisch- u. Wurstw.  
Paul Müller, Friesenstr. 22.  
Mehldig., Kolonialw.  
Job. Ploetsch, Emselmannstr. 97.  
A. Scheinlitz, Mariannenstr. 14.

## Neukölln

C. Dittmann  
Berlinerstr. 43  
WHD — Geflügel — Fleisch

## Spezial-Arzt

Dr. med. Haasché,  
Friedrichstr. 90 direkt am  
Stadtbahnhof.  
Behandl. von Syphilis, Haut-  
Garn., Frauenleiden, (spezi-  
ell chron. Güte. Schmerzlos. tätige  
Behandlung, ohne Berufsstörung,  
Blutuntersuchung, Wdg. Preise.  
Teilzahlung. Sprechstunden 10  
bis 1 und 5—8, Sonntag 11—1.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Drosen, Farben  
Hendel, Wilmersd. 11.  
Hendel, Wilmersd. 11.  
Fleisch- u. Wurstw.  
Wilmersd. 11.  
Hendel, Wilmersd. 11.  
Hendel, Wilmersd. 11.  
Hendel, Wilmersd. 11.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Butter, Eier, Käse  
P. H. Ackermann, 8 Filialen  
Behandlung  
Königsberger  
Hendel 102-7  
Photograph. Ateliers  
Hendel 102-7  
Hendel 102-7  
Hendel 102-7

## Zahngebisse

Blatin, G. 7, 20, Seiten,  
Ringe, Gebisse tauf  
Frau Wagner,  
Kasselerstr. 18 I (Alexanderplatz).

## Kaffee-Erhab

gute Auslandskaffee, an  
Geschäftsbüro abzugeben.  
A. Auerbach, Import-  
Hamburg 11.

## Möbel auf Kredit

an jedermann.  
: Kleinste Anzahlung. :  
: Größte Rücksicht. :  
: Bequemste Abzahlung.

Reichhaltiges Lager in ganzen Ein-  
richtungen und einzelnen Stücken.  
Große Auswahl farbiger Küchen.  
M. Landwehr  
Müllerstraße 7, I (Weddingplatz)  
Blauweisse Schilder beachten.  
Sonntags 12—2 geöffnet.

## Berliner Konzerthaus

Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91.  
Heute:  
Großes Konzert  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.  
Leiter: Komponist Franz von Blon.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Der österreichische Bericht.

Wien, den 22. Februar 1918. Amlich wird ver-

lauffbar:

Keine besonderen Ereignisse.

Truppen der Heeresgruppe Linzungen haben Komograd-

Wolynsk erreicht.

Der Chef des Generalstabes.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 21. Februar. Der unermüdbaren Tätigkeit unserer U-Boote fielen an der englischen Westküste leithin fünf Dampfer und zwei Segler zum Opfer, darunter der bewaffnete englische Dampfer Regito City (5078 Br.-Reg.-T.), der englische Dampfer Sophie und ein etwa 5000 Br.-Reg.-T. großer Dampfer, anscheinend vom Einheitsstyp. Die beiden Segler waren Zweimastschoner, der eine englischer, der andere französischer Nationalität, letzterer namens Marie Madeline.

Eines der U-Boote hat außerdem zwei bewaffnete englische Frachtdampfer durch Artilleriefire beschießt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Der Vormarsch im Osten.

Der deutsche Vormarsch im Osten begann am 19. Februar, 4 Uhr vormittags bei schönem klarem Frostwetter. Der Feind leistete nach Abgabe einiger Schüsse keinen Widerstand. Die russische 12. Armee, nur noch aus aufgelösten Scharen bestehend, hatte bereits am 18. Februar den Rückzug angetreten. Größtenteils waren die Truppen neuerdings von Motor Gorb abgelenkt, die nicht zum Kampf, sondern zur Verwaltung des Landes bestimmt war.

Der Vormarsch der 8. Armee (Dniprofront) dehnte sich bereits am ersten Tage auf 75 Kilometer Frontbreite aus und vollzog sich völlig planmäßig.

Bei klarem Frostwetter und strahlendem Sonnenschein vollzieht sich der deutsche Vormarsch auf festgefrorenen Straßen in die Ukraine hinein. Am 21. war die Linie Kuntz-Kowno überschritten und damit die wichtige transversale Bahnverbindung Waranowicz-Kowno in deutschen Händen. Volkswirtschaftliche Banden leisten nur geringen Widerstand. Die Vorräte, die allerorten aufgefunden und damit vor der Zerstörung durch die bolschewistischen Banden geborgen werden, übersteigen die Erwartungen. Außer reichem Kriegsgerät: Geschützen, Maschinengewehren, Flugzeugen und Automobilen, fiel den Deutschen vor allem erhebliches rollendes Material in die Hände. In Zdobnowo, südlich Kowno, wurden allein 50 Lokomotiven und mehrere 100 Waggons vorgefunden. Die besetzten Bahnen sind bereits in Betrieb genommen. An der noch fehlenden Strecke zwischen der deutschen und russischen Bahnlinie, zwischen den Orten Golochn und Perespa wird fieberhaft gearbeitet. Die große Landstraße nach Luck ist bereits über die trennenden Schützengräben hinweg fertiggestellt.

Im Raume von Kowel wird der Grundstock zu einer nationalen ukrainischen Armee gelegt. Die erste ukrainische Division, deren Führer, Stabsoffiziere und Mannschaften aus ehemaligen Kriegsgefangenen bestehen, ist bereits in der Bildung begriffen. Offiziere und Mannschaften, in die historische Uniform der ehemaligen ukrainischen Kosaken gekleidet, lange blaue Röcke und weingraue Pelzmäntel, machen den besten Eindruck. Stimmung und Aussehen der Leute, die unmittelbar aus den deutschen Gefangenenlagern kommen, sind das beste Zeugnis für die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Oberst Reppington und der Heroldsgeber der „Morning Post“ wurden wegen des Artikels in der „Morning Post“ vom 11. Februar zu je 100 Pfund Sterling verurteilt.

Fliegerbomben auf Innsbruck. Am Mittwoch überflogen vier feindliche Flieger, ein großes mit Maschinengewehr ausgerüstetes Kampfflugzeug und drei Bombenträger von Süden kommend die Stadt Innsbruck. Es wurden ungefähr acht Leichter Bomben im Gewicht von 10 bis 25 Kilogramm abgeworfen, darunter drei Brandbomben. Menschenopfer und Sachschaden waren ihr Werk.

## Abgelehnte Auslieferung eines Abgeordneten.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags hatte sich am Freitag mit folgender Angelegenheit zu befassen:

Bei einer Hausung, die bei dem Drucker der „Arbeiterpolitik“ in Bremen stattfand, sind 10 000 Flugblätter gefunden worden. Es handelte sich um einen Aufruf des Fraktionsvorstandes der Unabhängigen. Die Flugblätter trugen weder den Namen des Druckers noch den des Verlegers. Das war ein Verstoß gegen eine Verordnung des Stellvertretenden Generalkommandos. Der Drucker erhielt dafür 6 Monate Gefängnis und gab an, daß der Abg. Henke angeordnet habe, die Angabe des Druckers und des Verlegers zu unterlassen. Das außerordentliche Kriegsgericht wollte nun ein Strafverfahren gegen den Abg. Henke einleiten. Dazu bedurfte es der Genehmigung des Reichstags. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags lehnte ohne Debatte und einstimmig die Auslieferung des Abg. Henke zum Zwecke der Strafverfolgung ab.

## Aus der Reichstagsfraktion.

Die Sozialdemokratische Fraktion bestimmte als Redner für die Wahlrechtsvorlage die Abg. Stadnauer, Keil und Wels; zum Etat sprachen die Abg. Scheidemann und Landsberg.

## Gegen den Frieden!

Die Wähler des Kreises Niederbarnim, die aufgefordert worden sind, zugunsten eines sogenannten „unabhängigen“ Kandidaten die sozialdemokratische Fahne zu verlassen, werden nicht wenig erstaunt darüber sein, daß die „Unabhängigen“ im Reichstag gestern gegen den Friedensvertrag mit der Ukraine gestimmt haben. Dieser Friedensvertrag ist, was immer man gegen ihn sagen mag, der erste, der nach einem dreieinhalbjährigen Kriege zustande gekommen ist. Er ist obendrein nicht mit einer Bourgeoisregierung, sondern mit einer sozialdemokratischen Regierung geschlossen worden, er legt dem Gegner weder Kontributionen auf noch nimmt er auf seine Kosten Annerktionen vor. Wie in aller Welt kommt eine Partei, die eine Friedenspartei sein will, dazu, einem solchen Vertrag ihre Zustimmung zu verweigern?

Auch die sozialdemokratische Partei ist mit dem Gang der deutschen Außenpolitik und mit der Behandlung der Dittagen im Besonderen nicht einverstanden, sie hat lebhaft Kritik an ihr geübt. Deshalb ist sie aber doch niemals auf den Gedanken gekommen, den Frieden mit der Ukraine abzulehnen. Sie sagt sich, sicherlich mit Recht, im Volke würde man es einfach nicht verstehen, wenn eine Partei, die immer für den Frieden gekämpft hat, dem ersten Frieden, der abgeschlossen worden ist, ihre Zustimmung verweigern würde.

Die Partei der „Unabhängigen“ kennt solche Bedenken nicht. Sie hat sich je länger je mehr zur bloßen Reinsage-Maschine herausgebildet. Was immer im Reichstag vorgebracht wird, sie stimmt dagegen und füßt sich in dieser leeren Protestgebärde wahrscheinlich noch recht großartig. Naive Gemüter — es müssen aber schon sehr naive sein — mögen sich von der Farschheit dieser unentwegten Reinsagerie sogar imponieren lassen. Sie bedenken nicht, daß für einen Abgeordneten zum Reinsagen nicht der geringste Mut gehört, denn er riskiert ja nichts dabei — es wäre denn, daß er den Respekt seiner Wähler riskierte, sobald ihnen die Hohlheit seines Gebahrens aufzufallen beginnt.

Daß die sozialdemokratische Fraktion für den Frieden nicht nur geredet, sondern auch für das erste Stück, das von ihm zustande kam, gestimmt hat, das werden die „Unabhängigen“ sicherlich wiederum zum Anlaß einer neuen Schimpfanonade gegen die „Abhängigen“, die „Regierungssozialisten“ nehmen. Aber den Arbeitern wird es nicht schwer fallen, zu erkennen, auf welcher Seite die Konsequenz ist, und sie werden wenig Verständnis aufbringen für parlamentarische Akrobatikstücker, mit deren Hilfe man vor lauter Friedensliebe gegen den Frieden, d. h. doch also für die Fortsetzung des Krieges stimmt!

## Streikdebatte im sächsischen Landtag.

Bei der Verhandlung einer Interpellation der drei Unabhängigen in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages kam es dort zu einer großen politischen Debatte über den letzten Klassenstreik. Sowohl die sächsische Regierung wie die sozialdemokratische Fraktion legten ihre Ansichten eingehend dar. Die Interpellation richtete sich gegen die polizeilichen Maßnahmen, die während des Demonstrationstreiks getroffen worden waren, und dagegen daß die Vertreter der Streikenden von der Regierung abgewiesen worden waren. Nach der Begründung der Interpellation durch den Unabhängigen Pfeiffer, er alle Maßnahmen wegen des Streiks kritisch behandelte, nahm der Minister des Innern, Graf Bismarck von Schöndorf, das Wort zur Beantwortung. Er versuchte zunächst nach bekümmerten Mustern den Streik zum Teil auf das Wirken ausländischer Agenten zurückzuführen. Weder die Regierung noch die Generalkommandos hätten sich zu schärferen Maßnahmen führen lassen, doch sei die ablehnende Haltung der Regierung selbstverständlich gewesen. Die Arbeiter hätten das Recht des Streiks zur Verbesserung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen; ein Streik zur Erreichung politischer Zwecke richte sich gegen den Bestand des Staates. Wäre die Regierung zurückgewichen, so wäre es um ihre Autorität geschehen gewesen. (Lebhafte Zustimmung bei den Konservativen.) Die Vertretung politischer Forderungen gehöre in das Parlament, nicht auf die Straße. In heutiger Zeit sei ein solcher Streik nichts anderes als ein Verrat des Vaterlandes.

Natürlich fand der Minister mit dieser Rede den Beifall der bürgerlichen Vertreter. Die nachfolgenden Redner, besonders der konservative Dr. Spitz und der nationalliberale Ritsche sprachen ganz im Sinne der Ministerrede. Der Nationalliberale forderte aber noch, daß man mit gleicher Schärfe gegen die Friedensstörer von beiden Seiten vorgehe und auch un der antwortliche Reden verhindern solle, wie kürzlich eine von Herrn Odenburg-Januschka gehalten worden sei. Er fragt, ob das Manuskript dieser „Schmähere“ der Zensur vorgelegen habe.

Auf diese Ausführungen antwortete eingehend Gen. Sandermann. Aus Parteiprotokollen wies er nach, daß die deutsche Sozialdemokratie den politischen Klassenstreik immer abgelehnt habe, besonders im Kriegsfall, erläuterte die bekannten Gründe, die den Parteivorstand veranlaßt hätten, die Führung des Streiks mit zu übernehmen und legt unter Verweisung auf die Verhältnisse der Regierungen bei der Nahrungsmittelverteilung, auf den Belagerungszustand, auf das ungehinderte Treiben der Vaterlandspartei, auf den Eifer beim Verbleiben von Versammlungen und bei der Anhebung der Preise sowie auf die Wahlrechtsaktion die wirklichen Ursachen bloß, die den Streik veranlaßt haben. Mit einer fundierten Rede des Unabhängigen Segger endete die fünfzehnhalfstündige Debatte.

## Die nationalliberale Schmach.

Das Bündnis, das die preussischen Nationalliberalen mit der Reaktion eingegangen sind, um dem Volk das Wahlrecht vorzuenthalten, hat selbst weite nationalliberale Kreise verschämpt. So schreibt die „Köln. Ztg.“, das führende nationalliberale Blatt am Rhein:

Mit lebhaftem Bedauern stellen wir fest, daß, wie es scheint, ein großer Teil der Verantwortung für die gestrige Entscheidung auf die nationalliberale Fraktion fällt. Diese der Reform widerstrebenden Nationalliberalen nehmen damit eine große Verantwortung auf sich, denn ihre Faltung wird vielleicht das Schicksal der Partei entscheiden und dem Vaterland, das über allen Parteien steht, nicht zum Heile gereichen.

Sehr scharfe Töne schlägt auch das „Leipziger Tagebl.“, das Parteiblatt der Nationalliberalen Sachsens, an. Es stellt fest, daß man einen derartigen Sieg, wie ihn die preussischen Nationalliberalen am Mittwoch errangen, im Lande nicht bewundern, sondern beklagen wird. Den auch von uns hervorgehobenen Gegenjah zwischen der Reichstagsrede Stresemanns und dem Verhalten seiner Parteifreunde in der Wahlrechtskommission kennzeichnet das Leipziger Blatt mit folgenden Worten:

Im Reichstag hat gestern Herr Dr. Stresemann weitgehende östliche Kriegsziele aufgestellt. Er weiß, daß es unmöglich ist, eine starke auswärtige Politik zu treiben, die nicht die große Mehrzahl des Volkes hinter sich hat; er hat das wiederholt ausgesprochen. Seine Kollegen von der preussischen Partei aber scheinen das nicht alle zu wissen, oder es scheint sie nicht alle zu kümmern. Sie scheuen sich nicht, im selben Augenblicke, da der Redner der Reichstagsfraktion solche Ziele aufstellt, die Masse des eigenen Volkes vor den Kopf zu stoßen. Kurzum, die ganze Geschichte liegt so unerfreulich wie nur irgend möglich.

Die nationalliberale Partei steht seit langem vor der Wahl, ob sie eine schmerzhafte oder eine nationalliberale Partei sein will. Zunächst hat sie sich für das erstere entschieden.

Die Wahlrechtsfeinde schöpfen aus ihrem ersten Erfolge neuen Mut. Die „Deutsche Tageszeitung“ entdeckt jetzt, daß der konservative Antrag mit dem berufsständischen Wahlrecht nur „vorläufig“ zurückgezogen ist und gegebenenfalls wieder aufgenommen wird.

## Für Entlassung der ältesten Jahrgänge.

Die Abg. Müller-Reinigen (Sp.), Fehrenbach (B.), Stresemann (natl.) und Stücken (Soz.) haben zum Etat den Antrag gestellt,

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß

a) die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienste sobald als möglich geschieht, daß aber jedenfalls die dauernde Zurückziehung der Jahrgänge 1869 bis 1872 aus der vordersten Linie zur militärischen Dienstleistung in die Heimat mit möglicher Beschleunigung durchgeführt werde,

b) diejenigen Mannschaften des Landsturms, die seit Kriegsbeginn unausgesetzt im Felde stehen und seit mindestens einem Jahre in der Front eingesetzt sind, zu Ersatztruppenteilen dauernd in das Heimatgebiet versetzt werden.

## Die Wohnungsnot nach dem Kriege.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die vom Reichstag eingesetzte Wohnungskommission hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der zunächst Abg. Bartsch über eine im Reichswirtschaftsamt stattgefundene Besprechung berichtete, in welcher die Wiederherstellung von Wohnungen während der Kriegszeit von Professor Albrecht auf ca. 750 000 geschätzt wurde. Ebenso groß werde nach Kriegsende die Wohnungsbedarfe sein. Die Herstellungskosten einer Kleinwohnung werden ca. 10 000 M. betragen. Zur Milderung der eintretenden Wohnungsnot müsse vom Reich

mindestens eine halbe Milliarde Mark

flüssig gemacht werden. Die in oben bezeichneter Besprechung zum Vortrag gebrachte Meinung, Wohnungen zunächst in der primitivsten Form herzustellen, hat dort nicht die Zustimmung der Majorität gefunden, vielmehr wurde betont, daß für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer anständiger Wohnräume geschaffen werden müssen. — Abg. Göhre (Soz.) bestätigte, daß jetzt nicht nur in der gesamten Öffentlichkeit, sondern auch bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden die Erkenntnis von der Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot vorherrscht. Dazu solle auch der von den sozialdemokratischen Mitgliedern der 10. Kommission gestellte Antrag helfen, der im wesentlichen folgendes fordert:

1. Aus den Erträgen der nächsten Kriegsanleihe sind 500 Millionen Mark zur Hergabe von Baupfandkapital auszuscheiden und für die Zeit nach dem Friedensschluß verwendungsbereit zu halten.

Die bei der Heeresverwaltung lagernden Baumaterialien sind bei Kriegsende der Reichsregierung zur Weitergabe an diejenigen Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zur Verfügung zu stellen.

3. In die Liste der nach Friedensschluß in erster Linie aus dem Heere zu entlassenden Mannschaften sind die zur Herstellung von Wohnungen nötigen Angestellten und Arbeiter aufzunehmen.

4. An allen Orten, wo der Eintritt eines Wohnungsmangels nach dem Kriege zu erwarten ist, sind schon jetzt Vorbereitungen zur Beschaffung geeigneten und billigen Baulandes zu treffen.

5. Es sind schon jetzt Baupläne für alle wichtigen Typen des Kleinwohnungsbaues entsprechend den Wohnstätten der einzelnen Bundesstaaten und Provinzen vorzubereiten.

6. Zur Vorbereitung einer künftigen reichlichen Wohnungsproduktion ist sofort eine allgemeine Statistik der leerstehenden Wohnungen im Reich in die Wege zu leiten.

7. Die Leitung einer planmäßigen Wohnungsproduktion nach dem Kriege hat das Reichswirtschaftsamt als Zentralbehörde für Übergangswirtschaft zu übernehmen.

Zu der Sitzung vom 21. Februar der Wohnungskommission trat man in die Einzelberatung der Anträge Göhre und Sandermann ein.

Regierungsrat Scheidt betonte den Willen des Reichswirtschaftsamtes, alles zur Behebung des Kleinwohnungsmanagements, der nach Kriegsende unbeschritten eintreten wird, zu tun und zu unterstützen, was zu dem gewollten Zweck beitragen kann.

Auf eine Anfrage nach dem Stande des in Aussicht gestellten Gesetzes über das Erbbaurecht wird mitgeteilt, daß nach erneuter demnachstiger Durchberatung der Entwurf veröffentlicht wird. Die von einem Mitgliede beantragte Einarbeitung der Forderung nach Errichtung von Kriegerheimstätten in den sozialdemokratischen Entwurf wird abgelehnt, weil die Errichtung von Kleinwohnungen selbstverständlich auch den danach verlangenden Kriegsteilnehmern zugute kommt. Das im Antrag gestellte Verlangen, die benötigten Mittel aus Kriegsanleiheerträgen zu nehmen, wird fallen gelassen, eine Subkommission mit der weiteren Durchberatung der Anträge betraut, deren Beratung sich weiter auf die Hergabe der bei den Militärverwaltungen lagernden Baumaterialien für Kleinwohnungsbaue und die Entlassung von Angestellten und Arbeitern, die bei der Herstellung von Baustoffen und Bauten benötigt werden, erstreckt.

Der Oberamtmann rief, und alle, alle kamen. Die konservative „Greifswalder Ztg.“ berichtet: „Strebnow, 13. Februar. Vaterlandspartei. Vor einigen Tagen hielt Oberamtmann Strebnow hier selbst einen Vortrag über den Verbleib Deutschlands. Redner erörterte unter anderem, warum wir unbedingt einen deutschen Frieden haben müßten, den die Vaterlandspartei anstrebe. Der Aufforderung, sich derselben anzuschließen, kamen alle anwesenden Nichtmitglieder nach.“

Von einer Kontrollversammlung ist danach eine Versammlung der Vaterlandspartei in Pommern kaum zu unterscheiden.

## Letzte Nachrichten.

Die J. L. B. und die Londoner Konferenz.

Rotterdam, 22. Februar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge erfährt der „Manchester Guardian“, daß die englische unabhängige Arbeiterpartei an der Londoner Konferenz nicht teilnehmen wird, weil sie infolge eines Beschlusses der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftskongresses kein Recht auf besondere Vertretung auf der internationalen Konferenz hat.

Anderon und Jowett, die beide zu der unabhängigen Arbeiterpartei gehören, waren durch den Ausführlichen Rat der Arbeiterpartei zu Vertretern auf der Konferenz der Entente-sozialisten gewählt, aber weil sie dort den Standpunkt der großen Arbeiterpartei und nicht ihren eigenen einnehmen sollten, haben sie abgelehnt. Ramsay MacDonald nimmt an der Konferenz teil, aber nicht als Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei, sondern als Schatzmeister der großen Arbeiterpartei.

Die Lage in Palästina.

Konstantinopel, 21. Februar. Amlicher Bericht. In der Palästinafront erneuerte der Gegner am 20. Februar seine Angriffe gegen unseren linken Flügel. Die Londoner nicht überall abgewiesen worden. Unsere Truppen bezogen teilweise neue vortreffliche Stellungen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

# Gewerkschaftsbewegung

## Jahresbericht der Schuhmacher Berlins.

In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung wurde der Jahresbericht der Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher erstattet. Dem Bericht ist folgendes zu entnehmen:  
Am schwersten wurde die Schuhindustrie durch den Mangel an Rohstoffen betroffen. Hatte das Vorjahr aus dieser Ursache die Verdrängung über die vierzigstündige Arbeitswoche gebracht, die am Schluss des Jahres wieder aufgehoben wurde, so kaufte eine neue Bundesratsverordnung die gesetzlichen Bedingungen für die Stilllegung von Fabriktrieben. Die meisten Berliner Schuhfabriken wurden stillgelegt. Von den 80-90 Fabriken arbeiten nur noch vierzehn für den Bedarf der Fußbekleidung. Zwei Fabriken fertigen Militärkubwert her und 11 Fabriken sind zur Instandsetzung von Militärkubwert umgestellt worden. Die Lage des Arbeitsmarktes war dauernd düster, denn die Schließung der Schuhfabriken brachte nur für wenig Arbeitskräfte neue kurze, vorübergehende Arbeitslosigkeit. Eine Uebernahme der in den geschlossenen Fabriken in die weiterarbeitenden Betriebe war von Ueberwachungsanstalten geplant, sie fand aber in Berlin nicht statt. Dagegen trat eine neue Abwanderung in die Nahrungindustrie ein. Den Anreiz dazu boten die höheren Löhne und die Lebensmittelpulagen in der Nahrungindustrie. Die merklichste Wirkung dieser Verschiebung war eine weitere Verminderung besonders der männlichen Arbeiter in der Schuhindustrie, da auch die noch bestehenden Fabriken die Frauenarbeit stärker bevorzugen. Die Zahl der Arbeiterinnen dürfte die Zahl der Arbeiter jetzt weit übersteigen. Durch den Uebertritt in eine fremde Industrie haben viele Mitglieder den Zusammenhang mit dem Verbande verloren. Das beweist die hohe Zahl der wegen rezidierender Beiträge Gestrichenen. Obgleich die Aufnahmen eine erfreuliche Zunahme gegenüber dem Vorjahre erfahren haben, ist die Zahl der Mitglieder durch den erwähnten Umstand noch weiter gesunken. Sie belief sich Ende 1916 auf 1200, Ende 1917 aber nur auf 1102, während 1099 Mitglieder dem Vereine angehören.

Im Berichtsjahre fanden verschiedene Lohnbewegungen statt sowohl bei einzelnen Firmen wie in ganzen Branchen. Im Frühjahr erhielten die Schuhmacher auf ihren Antrag eine Erhöhung der Teuerungszulage von 30 auf 50 Prozent. Im Herbst wurde eine nochmalige Erhöhung der Teuerungszulage durchgesetzt. Sie wurde für die Stücklohnarbeiter auf 100 Prozent, für die Zeitlohnarbeiter auf 75 Prozent erhöht. Auch in den Schuhfabriken wurde eine verschiedene Bemessene Erhöhung der Teuerungszulagen erreicht. Der am 20. Juni in Kraft getretene Reichstarif für Militärkubwert brachte den Arbeitern der beiden für Militärbedarf arbeitenden Fabriken eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent. In den Instandsetzungsbetrieben für Militärkubwert wurde ein allgemeiner Stücklohnstarif eingeführt, der Lohnaufbesserungen um mindestens 10 bis 30 Prozent brachte. Im Verteilungsinstandsetzungsamt des Gardekorps, wo Schneider, Schuhmacher, Sattler, ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, fand eine Lohnbewegung statt mit dem Erfolge, daß die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter um 20 Pf., der gelernten Arbeiterinnen um 32 Pf., der ungelerneten Arbeiter um 24 Pf. und der ungelerneten Arbeiterinnen um 7 Pf. erhöht wurden.

Ein partieller Nacharbeiternachweis für die Schuhindustrie ist noch längerer Verhandlungen am 1. Oktober ins Leben getreten. Damit ist die Arbeitsvermittlung den Kämpfen, die lange Jahre um sie geführt worden, entrückt.

Der Jahresabschluss der Kasse zeigt eine Gesamteinnahme von 17 180,77 M. und eine Gesamtausgabe von 21 699,20 M. Für Unterstützungen wurden ausgegeben 9 199,88 M., ausgegeben, wovon die Hälfte auf die Krankenunterstützung kommen.

An der Geschäftsführung des Vorstandes hatte die Versammlung nichts anzusetzen. Die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung wurden wiedergewählt.

## Eine starke Zunahme von Mitgliedern

Kann für das abgelaufene Geschäftsjahr 1917 die Fabrikelle Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter buchen. Die Mitgliederzahl stieg von 8567 am Schlusse des Jahres 1916 auf 5642 am Jahresabschluss 1917. Also innerhalb eines Jahres eine Zunahme von 2085 Mitglieder. Werden diejenigen, welche am 31. Dezember 1917 Heeresdienst leisteten, nämlich 4170 hinzu gerechnet, ergibt das einen Gesamtmitgliedsstand von 9812. Beim Kriegsausbruch (II. Quartal 1914) waren 8754 Mitglieder vorhanden. Es sind somit 1058 mehr als vor Kriegsausbruch.

Lohnbewegungen wurden im Jahre 1917 für insgesamt 10 226 Personen geführt, welche einen Mehrerwerb von 45 861 M. pro Woche brachten. Für 570 Personen wurde die Arbeitszeit um 3420 Stunden pro Woche vergrößert.

Die Hauptkasse bezeichnet 80 714,85 M., die Lokalkasse 42 520,90 M. an Einnahmen. An Unterstützungen aller Art wurden 42 835,45 M., einschließlich der Weihnachtunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer, ausgegeben.

Der Stand der Lokalkasse erhöhte sich, unter Zugrundelegung der neuerlichen Vertragsleistung (ab 1. November 1917) von 85 158,43 auf 85 595,95 M.

## Die Metallarbeiter im Donezgebiet.

Das Donezgebiet ist das an Kohlen und Eisenerzen reichste und bedeutendste Gebiet Russlands. In der Zeitschrift der russischen Metallarbeiter "Metall" werden einige Angaben über die im November abgehaltene Konferenz der Metallarbeiter dieses Gebietes mitgeteilt, die einen interessanten Einblick in die Organisationsverhältnisse der dortigen Metallarbeiter gewährt.

Die metallurgischen und mechanischen Betriebe des Industriebezirks beschäftigen, wie auf der Konferenz berichtet wurde, etwa 281 000 Arbeiter. Davon waren rund 140 000 organisiert. Von den 36 auf der Konferenz vertretenen Vereinen haben sich 16 der im Werden begriffenen allrussischen Metallarbeiterorganisationen angeschlossen. Als Mitgliedsbeitrag wird fast durchgängig ein Prozent vom Lohn erhoben. Der Klassenbestand ist in Anbetracht der Kürze der Zeit des Bestehens der Organisationen recht beträchtlich. Er betrug in den genannten 16 Gewerkschaften 308 726 Rubel = 991 246 M., in den anderen 10 Gewerkschaften 67 230 Rubel = 145 917 M. Man darf daraus wohl schließen und die Hoffnung ableiten, daß die russischen Arbeiter sehr bald den Vorteil starker Kriegslöhne werden schätzen lernen, und daß die gewerkschaftliche Tätigkeit ganz von selbst zu einer höheren Bewertung praktischer Ziele führen wird. Während der letzten Monate haben im Bezirk große Lohnbewegungen und wilde Streiks stattgefunden. Die Arbeiter kämpfen hier unter sehr schwierigen Bedingungen. Ihre Organisationen sind noch wenig ausgebaut, während sie der stärksten und vollkommensten Unternehmerorganisation gegenüberstehen.

## Parteinachrichten.

Eine bedeutende Kundgebung veranstaltete eine von über 500 Vertrauensleuten besetzte Kreisversammlung der sozialdemokratischen Organisationen im nördlichen Schlesienschen Industrieviertel Waldenburg. Da öffentliche Versammlungen im VI. Armeekorps nicht stattfinden dürfen, wurde vom Landratsamt eine strenge Kontrolle darüber ausgeübt, ob alle Teilnehmer auch wirklich Vereinsmitglieder waren. Die Polizeibeamten mußten den geschlossenen Charakter der Versammlung anerkennen, da alle Teilnehmer mit ihren Mitgliedsbüchern bewaffnet waren. Das Ergebnis der Vorträge und der

Aussprache wurde in einer Resolution festgelegt, in der es unter anderem heißt:

„Da heute alle Großstaaten offene oder verkappte Kriegsziele, ganz besonders auf die kleineren Randstaaten und Völkervölker im Auge haben, die sie ihren wirtschaftlichen Einflüssen unterwerfen wollen, so muß zwingender denn je die Forderung nach einer Verhängung erhoben werden. Deutschland sollte im gegenwärtigen kritischen Augenblick diesem Verhängungsprinzip den besten Dienst dadurch leisten, daß es den östlichen Grenzländern eine ehrliche demokratische Selbstverwaltung vermittelt. Die deutschen Besatzungstruppen dürfen während der Dauer des Kriegszustandes, der auch jetzt noch besteht, nicht als Druckmittel auf die Ueberzeugung der Bewohner gebraucht werden, sondern sollen lediglich zum Schutze dieser Länder gegen Angriffe der Russen und englische Unternehmungen dienen. Damit würde sich Deutschland Vertrauen erwerben und gerade den wirtschaftlichen und politischen Einfluß erhalten, der seiner Kultur zuzumutet.“

Die Regierung aber muß vor allem auch Vertrauen im eigenen Lande erwecken dadurch, daß sie entschieden gegen den Klassenegoismus und die volkstümliche Wählerarbeit der preussischen Reaktionsäre auf der Seite des Volkes kämpft. Jene sind es, die durch ihr demagogisches Treiben im Innern des Landes eine Katastrophe herbeiführen wollen, um ihre Klassenherrschaft zu sichern und ihre ausweichenden Annexionsziele zu verwirklichen. Die Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage im Sinne des Regierungsentwurfes kann die Junkerbherrschaft brechen und wird das Vertrauen des Volkes wieder festigen. Gehnt der Landtag das Wahlgesetz ab, dann muß die Regierung zur Diktatorisierung schreiten oder dem deutschen Reichstag die Entscheidung überlassen. Für den Rest der Kriegszeit aber müssen wir aus dem Ernährungsamt herauskommen, der von der Regierung durch einseitige Unterstützung der Produzenten mittels der herkömmlichen Anreizpolitik zum größten Teil mitverschuldet wird.

Nur eine Volkspolitik, die alle diese Fragen in christlicher Weise zu regeln gedenkt, kann das Vertrauen des Volksganzen aufbauen und den Staat vor einer inneren Katastrophe bewahren. In der allerschwersten Stunde des Landes hat es die Reichsleitung in der Hand, wirkliche Führer des Volkes zu werden, wenn sie rückwärts den Krieg ankündigt, den Annexionsisten, Volkseindern und Brotwucherern. In diesem Sinne marschieren die Arbeiterklasse des niederschlesischen Industrieviertels Schulter an Schulter mit ihren Erbkämpfern im ganzen Reich.“

Der Zustand der Partei, Gewerkschafts- und Presseverhältnisse desselben Kreises ist überaus düster. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß z. B. die Zunahme der Abonnentenziffer der Parteiblätter „Schlesische Volkswacht“ sich während der letzten zwei Kriegsjahre ständig aufwärts entwickelt. Im letzten Quartal allein betrug die Zunahme 1522. Das Blatt hat seinen Friedensabonnentenstand erheblich überschritten. Die Parteiorganisation hätte in den letzten zwei Monaten rund 200 Neuaufnahmen, und der Vergarbeiterverband allein im Monat Januar 512 Neueintritte zu verzeichnen.

## Soziales.

### Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Berlin im Jahre 1917.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin veröffentlicht verschiedene Geschäftsergebnisse des abgelaufenen Jahres. Die Vertragseinnahme hat sich von 12 170 674 M. im Jahre 1916 auf 13 405 654 M. im Jahre 1917 erhöht. Die Mehreinnahme von 1 234 980 M. ist in der Hauptsache auf die am 1. Januar 1917 in Kraft getretene Erhöhung der Versicherungsbeiträge um 2 Pf. in jeder Lohnklasse zurückzuführen. Im Jahre 1918 betrug die Vertragseinnahme rund 16 Millionen Mark. Die Zahl der gefassten Versicherungen, deren Hinterbliebene Rentenansprüche einbrachten, vermehrte sich von 2992 im Jahre 1916 auf 3516 im Jahre 1917, verminderte sich dann aber wieder auf 2581 im Jahre 1917. Von Kriegsschädigten sind bis Ende Dezember 1917 insgesamt 6435 Rentenansprüche eingegangen, von denen 5903 bewilligt wurden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Bewilligungen von Krankenrenten, die erst mit der 27. Woche der Erwerbsunfähigkeit beginnen. Die Zahl der überhaupt festgelegten Invaliden- und Krankenrenten hat eine Abnahme erfahren; sie verminderte sich z. B. von 451 im Oktober 1917 auf 408 im November und 384 im Dezember. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Tuberkulosen unter den Rentenbewerbern stark vermehrt hat. Im Dezember 1917 waren es unter den Männern 20,2 Proz. und unter den Frauen 22,8 Proz., gegenüber nur 8,5 bzw. 14,4 im Jahre 1916. Die Tuberkuloseerfolge der Versicherungsanstalt sind immer größerer Ausgestaltung. In den Monaten Oktober bis Dezember 1917 wurden 3508 Versicherte und deren Familienmitglieder erstmalig ärztlich untersucht. Davon wurden 412 als tuberkulös und 152 als infektiv befunden. Die im Mai eröffnete Beratungsstelle für Geschlechtskranke wurde bis Ende des Jahres von 2552 Männern und 995 Frauen aufgesucht. Nur 426 Besucher machten von ihrem Rechte, den Namen nicht anzugeben, Gebrauch. In den Heilstätten in Weisky landen sich Ende 1917 zusammen 248 Männer (ausschließlich Lungenträger) und 154 Frauen. Im Dezember 1917 wurden für 10 000 M. Lebensmittel zur besseren Verpflegung Lungenträger umgelegt. Ferner wurden täglich je 100 Portionen Vortagsbrot aus der Tuberkuloseküche an Lungenträger verabreicht, im Dezember 4075 M. Mietszuschüsse an tuberkulöse Versicherte gewährt, 85 Kinder tuberkulöser Familien nach Schreierbau versichert usw. Trotz der durch die Kriegswirkungen verursachten starken geldlichen Belastung der Versicherungsanstalt vermehrte sich ihr Reichtum von 112 Millionen Mark im Jahre 1916 auf 117 Millionen Mark im Jahre 1917 und 120 Mill. Mark im Jahre 1917. Zur Förderung der Gesundheitspflege erhielten wieder viele Körperschaften Zuwendungen.

### Das Heilverfahren der Doppelversicherten.

Einen für die Hunderttausende von Angestellten, die zugleich in der Invaliden- wie in der Angestelltenversicherung versichert sind, bedeutungsvollen Kundertag hat das Reichsversicherungsamt an die ihm unterstellten Landesversicherungsanstalten gerichtet. Es wird darin ausgeführt, sowohl die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wie die Landesversicherungsanstalten sind sich darin einig, daß bei ersten Erkrankungen, die ein rasches Eingreifen erfordern, der Versicherte keinesfalls an eine andere Versicherung verwiesen werden darf. Es sei dies mit dem Gesetz nicht vereinbar. Nachdem inzwischen eine gewisse Uebergangszeit verfloßen ist, wird in den Kreisen der Versicherten bekannt sein, daß ähnlich wie die Versicherungsanstalten auch die Reichsversicherungsanstalt zugunsten ihrer erkrankten Versicherten Vorgehen einleitet. Wenn daher jetzt ein Angestellter einen Antrag auf Einleitung eines Heilverfahrens bei einer Versicherungsanstalt stellt, so spreche die Vermutung dafür, daß er trotz jener ihm bekannten Tatsache auf Kosten der Versicherungsanstalt ärztlich versorgt werden will. Es sei auch ein beachtenswerter Grund, wenn der Angestellte sich deswegen an die Landesversicherungsanstalt wendet, weil er in derselben Anstalt wie schon einmal behandelt sein möchte. Auf jeden Fall soll dem Versicherten ein Wahlrecht hinsichtlich des Versicherungsträgers auf Grund seiner Vertragsleistung zu beiden Versicherungen nicht vorenthalten werden. Unabhängig hiervon sei die Frage, ob die tatsächlichen Voraussetzungen für die Heilbehandlung gegeben seien.

### Eine Erleichterung des Erlasses berufsgenossenschaftlicher Unfallverhütungsvorschriften

Bedeutet eine Verfügung des Bundesrats auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaft-

lichen Maßnahmen usw. am 4. August 1914. Danach können die Vorstände der gewerblichen Berufsgenossenschaften Vorschriften zur Verhütung von Unfällen (§§ 848 ff. der Reichsversicherungsordnung) ohne vorherige Begutachtung durch die Sektionsvorstände (§ 852 a. a. O.) und ohne Mitwirkung der Berufsgenossenschaftsversammlung erlassen. Die weiteren Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften werden hierdurch nicht berührt.

Die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften treten mit Ende des Kalenderjahres außer Kraft, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg beendet ist.

Die Verordnung ist mit dem 19. Februar 1918 bereits in Kraft getreten.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens.

## Industrie und Handel.

### Der Wirtschaftskrieg der Vereinigten Staaten.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ erfährt, daß das Kriegshandelsamt der Vereinigten Staaten die erste namentliche Liste der feindlichen Firmen, ungefähr 16, in Süd- und Mittelamerika veröffentlicht, mit denen, außer wenn besondere Erlaubnis erteilt wird, der Handel verboten ist. Das gesamte Kapital der in der Liste enthaltenen Firmen wird auf 300 Millionen Dollar geschätzt. Die Liste für Brasilien und Mexiko enthält mehr als 300 Namen. Die meisten Firmen sind deutsche, einige sind englische, spanische, französische und portugiesische. Um dem Handel aber keine Schwierigkeiten zu machen, wird, wie das Kriegshandelsamt mitteilt, eine klassifizierte Liste nichtfeindlicher Firmen veröffentlicht, die dieselben Waren herstellen, wie die in der schwarzen Liste enthaltenen. Gleichzeitig sind alle amerikanischen Konsuln beauftragt worden, Untersuchungen vorzunehmen, um die schwarze Liste zu vervollständigen.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Berliner Handelsgesellschaft ist als erste Großbank mit dem Abschluß für 1917 auf dem Plan erschienen. Schon im Vorjahr schlossen die Banken gut ab, besser noch als in den veröffentlichten Ziffern zu Tage tritt. Die Gründe für die glänzende Konjunktur bestehen fort: der große Unterschied zwischen dem Einlagezinsfuß (1½ Proz.) und dem Ausleihzinsfuß (4-6 Proz.) und das florierende Börsengeschäft, das einmal an Provisionen gut verdienen läßt und dann die Abholung alter Bestände, auch der veräußerten Bodenlöhner erlaubt. Die besonderen wirtschaftlichen Umstände haben bewirkt, daß den Banken trotz der großen Kriegsanleihezichnungen sehr große fremde Gelder zufließen, für die eine möglichst ertragreiche Anlage zu suchen gar gelegentlich nicht so leicht ist. — Die Berliner Handelsgesellschaft hat ihren Reingewinn ausschließlich des Vortrages von 1916 bis 1917 von 10,76 Millionen auf 11,88 Millionen Mark zu steigern vermocht, wobei der Gewinn auf Konfortial und Effektenkonto vorweg zu inneren Abschreibungen verwendet worden ist. Der Reingewinn einschließlich Vortrag belief sich von 1913 bis 1917: 11 751 000, 6 382 000, 8 407 000, 11 018 000, 13 806 000. Die Dividende betrug in diesen Jahren: 8½, 5, 6, 7, 8 Prozent. Das Institut hat sich also in diesem Jahre seine Friedensdividende sehr stark genähert, sie aber nicht erreicht, obwohl der Reingewinn eine noch höhere Ausschüttung als im Frieden erlaubt hätte. Obwohl gerade bei der Berliner Handelsgesellschaft kein hartes Depostengeschäft besteht, sind die Kreditoren (Einlagegläubiger) von 296 822 000 auf 439 000 000 gestiegen. Es wird hervorgehoben, daß sich die Beteiligung der Berliner Handelsgesellschaft an dem Industriekonzern Schöneberg-Wit.-Ges. als außerordentlich ertragreich erwiesen hat. Fortgesetzt werden umfangreiche Grundstücke verkauft. Firmen, wie Opel, Magirus, Schultze sind dort verkauft worden. Letztere hat sich auch ein der rheinisch-westfälischen Schmirrelindustrie angehöriges Werk daselbst verkauft gemacht.

Die Julius Pirsch-Wit.-Ges. in Berlin demontiert reichlich spät die Mitteilung, daß die Gesellschaft besonders wichtige Patente auf dem Gebiete des Beleuchtungswesens und der Photographie erworben habe. Es werde keine Aenderung der Dividende eintreten.

Für die Entwicklung des Hirsch-Kupfer-Konzerns ist es bezeichnend, daß die den Hirsch-Kupfer-Werken nahestehende Bayerische Güitemeier-Wit.-Ges. R. Reumeyer-Kürnberg in Gemeinschaft mit einigen anderen Firmen, die Kapazitätswerke Louis Cahuc in Nürnberg, die Vereinigte Pulverfabrik Franz Winterholler in Rosenheim und die Zinnoberfabrik in Thannau zu der Bayerischen Sprengstoff-Wit.-Ges. mit einem Kapital von 3 Millionen Mark beitreten hat. Die Hirsch-Kupferwerke standen bisher ausschließlich der Deutschen Bank nahe. Im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft ist aber auch die Dresdener Bank vertreten, was darauf hindeuten scheint, daß diese beiden großen Institute, die auch sonst öfters parallel vorgehen, hier ein gemeinsames Interesse wahrnehmen.

### Vergleich in der Niederländischen Braunkohlenindustrie.

Wie dem „Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt wird, ist die Grundlage für die neuen Verhandlungen, an denen die Regierungsbereiter jetzt teilnehmen, fertiggestellt worden. Danach wird das bereits im Anfang vorgesehene Zwangsmonopol begründet werden. In dessen werden hierbei die Sonderwünsche der einzelnen Gesellschaften im Rahmen des neuen Zwangsmonopols soweit als möglich berücksichtigt werden. Vor allem wird es den einzelnen Werken freigestellt bleiben, ihre eingeführten Marken nach wie vor unter gewissen, verschieden differenzierten Abgabebedingungen an den Markt zu bringen.

## Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiter-Jugend. Sonntag: Gefelliges Beisammensein, Anfang 8 Uhr.

Wilmersdorf: Spielabend Anfang 8 Uhr.  
Die Trübsalster findet am Sonnabend, den 30. März, in Pabels Brauerei, Bergmannstr. 57, statt. Karten sind beim Jugendleiter Karl Stenzel, Sobanriedbergstr. 2, und in der „Vorwärts“-Expedition, Reininger Str. 3, erhältlich.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Februar, normiertags 9 Uhr, Doppel-Messe 15/17; Revue, Ideal-Kasino, Weichstr. 8; Ober-Schöneberg, Babelminnenhofstr. 43, bei D. Kamp, „Freireligiöse Bewegung“, 104; Ubr. Kleine Frankfurter Str. 6, Vortrag von Dr. Herm. Gasse: „Sommerferien. Gäste willkommen.“  
Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 24. Februar, Zahl- und Aufnahmezeit von 3-6 Uhr in den Restaurants Gersdorferstr. 12/13 und Sudower Str. 14.

Westwäldchen für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Hienach wird, zeitweise aufklaren, jedoch vornehmlich trübe, mit weiteren Niederschlägen.

Verantwortlich für Inhalt: Reich-Kanzler, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schick, Frankfurt; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 4. Preis: 1 Blatt 5 Pfennig und Unterabdruckung.